DER SOZIALISTISCHE ARZT

Vierteljahreszeitschrift des Vereins „Sozialistischer Ärzte"

Geleitet von E. Simmel und Ewald Fabian

III. Jahrgang | Nummer 4 | April 1928

Reichstagung der sozialistischen Ärzte in Dresden Pfingsten 1928.

Kollegen und Genossen!

Gemäß dem Beschluß der Berliner Generalversammlung beruft der Vorstand des V. S. Ae. auf Einladung unserer sächsischen Ortsgruppen eine Reichstagung zu Pfingsten 1928 nach Dresden ein. Die Tagesordnung ist vorläufig wie folgt festgesetzt worden:

Sonnabend, den 26. Mai, 18 Uhr:
Oeffentliche Kundgebung mit dem Thema:
„Geburtenregelung und Sozialismus."

Abends geselliges Zusammensein aller Tagungsteilnehmer.

Sonntag, den 27. Mai, morgens 9 Uhr: Interne Sitzung:

1. Organisations- und Programmfragen.
2. Krankenkassen und Sozialisierung des Heilwesens.
3. Die Organisation des öffentlichen Gesundheitswesens.
4. Anträge.

Anschließend gemeinsames Mittagsessen und Ausflug in die Sächsische Schweiz. Alle näheren Angaben (Referenten, Versammlungslokal etc.) folgen in Kürze nach. Anträge wollen die Ortsgruppen und Einzelmitglieder bis zum 15. Mai an den Schriftführer einsenden. Meldungen zur Teilnahme und Wünsche betr. Quartier sind umgehend erbeten.

Wir fordern unsere Kollegen und Genossen in Stadt und Land auf, für regen Besuch dieser ersten Reichstagung Sorge zu tragen. Eine besondere Einladung ergeht an unsere Freunde in den angrenzenden Ländern, in der Tschechoslowakei und in Oesterreich.

Mit sozialistischem Gruß!

E. Simmel-Berlin; Ewald Fabian-Berlin; K. Eskuchen-Zwickau; O. Popitz-Dresden; K. Soloweetschik-Leipzig; Jul. Schönberger-Chemnitz.

Aus dem Programmentwurf der soziald. Ärzte Wiens

Der V. S. Ae., der sich in immer höherem Maße zu einer Reichsorganisation entwickelt, hat die Notwendigkeit erkannt, ein ausführliches Programm auszuarbeiten. Es wird gerade deshalb unsere Mitglieder und Freunde interessieren, die Vorarbeit unserer Wiener Genossen auf dem gleichen Gebiete kennenzulernen. Aus dem kürzlich fertiggestellten Entwurf veröffentlichen wir nachstehend den prinzipiellen Teil.
Die Red.

Der Arzt nimmt in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung eine Sonderstellung ein: Was er mit wissenschaftlicher Phantasie, mit künstlerisch-technischer Hand schafft, ist ideelles Gut, das — so sollte man meinen — unveräußerliches Besitztum, niemals Ware werden kann und, im Werte für jedermann und immerdar gleichbleibend, den Schwankungen des Marktes entzogen ist. Dem ist aber nicht so. Ja, dem Kapitalismus ist die Begründung des grotesken Gegensatzes gelungen, daß auf der einen Seite die auf körperlicher und geistiger Gesundheit basierende Arbeitskraft von immerhin unterschiedlichem Wert ist für den Besitzlosen und für den Besitzenden, auf der anderen Seite aber dieser relativen Wertsteigerung ein Minimum von Gegenleistung entspricht. Und auch dieses Minimum von Gegenleistung bringt das Heer von Tags oder Nachts schwerarbeitenden Menschen nur dadurch auf, daß sie sich in Genossenschaften, genannt Kassen, zusammenschließen. Die Planlosigkeit, das hervorstechendste Symptom der kapitalistischen Ordnung, welche es, dem Gesetze von Angebot und Nachfrage die Herrschaft überlassend, geschehen läßt, daß auf der einen Seite eine Akkumulation von deren Seite eine Häufung von Arbeitskraft, die brach liegt; Gütern stattfindet, die nicht konsumiert werden, auf der andiese kapitalistische Anarchie schafft es auch, daß trotz Bedarfes — denn Bedarf für gesundheitliche Schadensgutmachung oder hygienische Festigung ist immer da — die Zahl jener Aerzte ins Erschreckende, Katastrophale anwächst, die für ihre „Ware“ kein kaufkräftiges Publikum findet. Soweit dieses Publikum Lohnarbeiter, welcher Kategorie immer, enthält, mußte der Kapitalismus, wollte er sich nicht nur um seinen letzten ethischen Kredit, sondern auch um die unmittelbarste Quelle seines Profites bringen, für das Heer mittelloser arbeitender Menschen Sicherungen im Erkrankungsfalle schaffen. Aber auch hier wird — der Fluch des Kapitalismus — halbe Arbeit geleistet. Denn weder ist diese Sicherung, die Sozialversicherung, imstande, allen materiellen und fachlichen Erfordernissen der kranken Menschen zu entsprechen, noch ist sie in der Lage, soviel Aerzten eine gesicherte Existenz zu bieten als es not täte. Gleiches nach beiden genannten



Richtungen hin tritt in der öffentlichen Fürsorge zutage, welcher alle jene Hilfsbedürftigen anheimfallen, welche weder Eigenmittel noch auch den Anspruch auf gesetzliche Krankenversicherung haben. Um den Rest nun, das immer kleiner werdende Häuflein mehr oder weniger Begüterter, geht seit Jahr und Tag der aufreibende demoralisierende Kampf der Aerzte. Ein Kampf, der für den allgemeine Praxis betreibenden Arzt um so weniger aussichtsreich wird, als dank der zunehmenden Spezialisierung der Besitz eines akademischen oder Primariatstitels die Form eines Monopols in jenen Kreisen angenommen hat, die es sich leisten können, für ihre kleinsten wie für ihre größten Leiden Fachleute besonderen Rufes zu Rate zu ziehen. Trotzdem wendet sich alljährlich eine große Anzahl von jungen Menschen dem medizinischen Studium zu, nicht etwa bloß in der Illusion, den Marschallstab im Tornister zu tragen, sondern aus ideellen Motiven, hoffend, Träger eines hohen Menschheitszieles zu sein und ihre erworbenen Kenntnisse im Dienste der leidenden Menschheit wirklich anwenden zu können. Aber nicht nur die Aussicht auf ein auskömmliches Dasein, sondern auch *diese* Hoffnung wird enttäuscht. Nicht nur, daß der Mediziner und der angehende Arzt bald erkennen muß, daß auch in seinem Fach Geldmittel und Beziehungen von mächtigem Einfluß für sein Fortkommen sind, daß reaktionärer Geist und Cliquenwesen ihm den Eingang an Kliniken, sogar gelegentlich in Spitäler überhaupt verschließen oder den Aufenthalt verekeln. Hat er auch diese Widerwärtigkeiten überwunden und tritt in das praktische Leben dort, wo seine Hilfe am dringendsten ist, in den breiten arbeitenden Schichten, da blickt er vollends in das Antlitz des Kapitalismus. Er soll ausreichende Ernährung raten, und es fehlt am nackten Brot, er soll Aufenthalt in Luft und Sonne empfehlen, wo kein Lichtstrahl hindringt und die Wände von Sickerwasser triefen, soll aseptisch operieren, wo alles von Schmutz starrt, und soll endlich Infektion verhüten, da der Tuberkulöse mit seinem Kinde die ärmliche Bettstatt teilt! So sieht sich der Arzt auch um die ideelle Frucht seiner Bemühungen und Opfer betrogen und mag neidisch auf jene Kollegen schauen, die entweder in auspizienreicherem Milieu arbeiten können oder als Theoretiker sich in dem selbstgenügenden Gedanken wiegen, daß das, was sie im Laboratorium schaffen, *allen* und nicht nur wenigen Menschen zugute kommt.

Wie haben sich nun die Aerzte bisher zu diesen Tatsachen gestellt? Die in der bürgerlichen Ideologie verharrenden Aerzte haben sich mit diesen Wahrnehmungen unter der bekannten Formel abgefunden, daß es immer so war, und was die hygienische Lage der Besitzlosen anlangt, früher eher noch schlechter war; was aber die Notlage ihres Standes anlangt,

beschuldigen sie, Ursache mit Wirkung verwechselnd, die Einbeziehung eines stets wachsenden Anteiles der Bevölkerung in die Pauschalbehandlung, nicht überlegend, daß bei Wegfall der letzteren ein namhafter Teil der Individuen überhaupt für die entgeltliche Behandlung nicht in Betracht käme. Ein Teil dieser Aerzte, die unentwegten Partisane der ehemaligen sogenannten „freisinnigen" Richtung, ziehen sich auf den Satz zurück, der Arzt müsse ein guter Mensch sein, er müsse seine fachliche Pflicht tun, alles andere gehe ihn nichts an, dafür müßten andere Faktoren Sorge tragen. Sie sind oder gehaben sich als politisch indifferent. Ein anderer Teil der Aerzteschaft weist äußerlich ebenfalls meist den Gedanken an politische Aktivität zurück, betätigt aber seine politische Anschauung nicht nur mit dem Stimmzettel, sondern auch durch seine offene Zugehörigkeit zu Vereinen, welche den Parteistempel tragen und im verborgenen durch die rücksichtslose Anwendung ihrer Macht bei Habilitierungen, Anstellungen oder wirtschaftlichen Vorteilen gegenüber Aerzten, die ihrer Abstammung nach oder ihres ihnen bekannten politischen Bekenntnisses wegen ihnen nicht genehm sind. In einem dritten, seit dem Kriege täglich wachsenden Teil der Aerzte in Deutschland und Oesterreich hat sich aber der Gedanke Bahn gebrochen, daß schließlich jeder denkende Mensch eine Weltanschauung hat, das heißt eine logisch festgefügte Vorstellung von den Zusammenhängen der Geschehnisse auf materiellem und geistigem Gebiete und eine bestimmte subjektive Einstellung zu den diese Dinge beherrschenden geistigen Strömungen; auf wirtschaftlich soziologischem Gebiete ist dies aber die politische Anschauung, und so sind diese, eben die sozialistischen Aerzte auch der Meinung, daß nichts weniger als ein Widerspruch besteht zwischen Forschung, Lehre oder Praxis und dem offenen Bekenntnis, eine solche eigene Auffassung zu haben über die Möglichkeit, Volk und Stand aus seinem Elend herauszuführen.

In dieser Aerztegruppe haben die sozialdemokratischen Aerzte die Führung übernommen. Täglich an Zahl wachsend, haben sie, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß ein gemeinsames Schicksal nach Eigenheit und Ursache den Arzt mit den anderen geistigen und manuellen Arbeitern verbindet, und nur die Umwandlung des Eigentumstaates in die kollektivistische Gesellschaft ihre materielle und ideelle Lage bessern kann, sich in die Kampffront der Arbeiterschaft gestellt. Innerhalb dieses Kampfes um die Emanzipation des Proletariats fällt ihnen eine doppelte Aufgabe zu. 1. Die Beteiligung an der Parteibewegung nach Maßgabe der Zeit, welche ihnen von ihrer im Dienste der leidenden Menschen betätigten Forschung übrig bleibt, und die Gewinnung der

noch abseits stehenden Aerzte durch würdige, eindrucksvoll argumentierende Aufklärung von Mann zu Mann in Vorträgen und Diskussionen. 2. Gemäß der Forderung des alten Wiener Parteiprogramms vom Jahre 1901, „das Proletariat geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten", stellen die sozialdemokratisch organisierten Aerzte ihre Erfahrungen in den Dienst des Proletariats, getreu dem Geiste ihres Berufes, welcher am Krankenbette weder Klassen noch andere Unterschiede kennt, obliegt es ihm jedoch, dem ganzen Volke die besten aber auch zufriedene Aerzte zu geben. Diesem Ziele zustrebend, haben die sozialdemokratischen Aerzte Wiens als die führende sozialdemokratische Aerzteorganisation in Oesterreich folgendes Gegenwartsprogramm ihren nächsten Aktionen zugrunde gelegt und werden für nachstehende Reformen auf dem Gebiete der Ausbildung, Sanitätspflege, Standesordnung und Gesetzgebung eintreten.

Der Kampf der deutschen Behörden gegen die medizinische Aufklärung.

Referat im Verein Sozialistischer Aerzte von Stadtarzt Dr. Max Hodann.

Wenn ich hier zu einem Teile in eigener Sache das Wort nehme, so deshalb, weil das kürzlich erfolgte Verbot zweier meiner Bücher nur ein Symptom ist für die Tendenzen, die unter dem Bürgerblock die Freiheit des Schrifttums bedrohen. Das Verbot dieser Schriften geht von einer der Geistesstützen der württembergischen Bazille-Regierung aus und fällt zeitlich zusammen mit dem Verbot des Buches von Friedrich Wendel, „Die Kirche in der Karikatur" und dem Hochverratsprozeß gegen Johannes R. Becher wegen seines Buches „Levisite oder der einzig gerechte Krieg". Mit anderen Worten: „Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern" (Artikel 118 der Reichsverfassung), es sei denn, daß er als Sozialist die Kirche kritisiert, den kommenden Krieg wahrheitsgetreu schildert oder durch sexuelle Aufklärungsarbeit die Aufrechterhaltung der industriellen Reservearmee (man sagt, des deutschen Volkes) und der schwarzen Reichswehr gefährdet. „Denn zu wissen, wie man sich vor unerwünschten Folgen des Geschlechtsverkehrs schützt, ist allenfalls der Schicht erlaubt, der auch Richter und ähnliche Stützen der Gesellschaft angehören, nimmermehr aber den Proleten, deren Aufgabe es sei und bleibe, mit möglichst wenig Vergnügen möglichst viel Kinder in die Welt zu setzen" (Dr. Frosch in der „Welt am Montag", 23. 1. 28).

Man wird sich vielleicht wundern, daß ein Bericht über ein Teilgebiet der medizinischen Aufklärung mit solchen politisch-polemischen Bemerkungen beginnt. Indessen ist das nur zu gerechtfertigt, da der Herr Staatsanwalt (der aus seinem Zille-Simplizissimus-Prozeß nicht unbekannte Herr Cuhorst in Stuttgart) so unvorsichtig war, offen folgendes in seinen Antrag auf Beschlagnahme meiner Bücher hineinzuschreiben:

„Besonders sei noch darauf hingewiesen, daß aus mehreren Stellen klar hervorgeht, daß es dem Verfasser, der dem Kuratorium der Kinderheime der Roten Hilfe angehört, auch noch um ganz andere, politische etc. Dinge zu tun ist".

Wenn also von behördlicher Seite aus gegen Schriften medizinischen Inhalts vorgegangen wird, oder aber gegen sonstige Aufklärungstätigkeit, so ist auf Grund der vorliegenden Erfahrungen der Verdacht jederzeit gerechtfertigt, daß es sich in Wahrheit um den Ausdruck politischer Gegensätze, mithin um ein Kapitel des Klassenkampfes handelt.

Ich habe von jeher den Standpunkt vertreten, daß bei den Fragen der geschlechtlichen Aufklärung und Erziehung zweierlei grundsätzlich zu berücksichtigen sei: Erstens absolute Wahrhaftigkeit und zweitens Vermeidung irgendwelchen sensationellen Anstrichs der getroffenen Maßnahmen. Dem zweiten Grundsatz kann schon in keinem Falle genügt werden, wenn man, wie das liberale Bürger- und Medizinertum gern sagt, „mit äußerster Vorsicht und größter Zurückhaltung" sogenannte Aufklärungsvorträge in Schulen und anderwärts veranstaltet. Denn solche Unternehmungen, losgelöst vom sonstigen Schulunterricht und damit von vornherein in eine betonte Sonderstellung gerückt, müssen den Charakter des Sensationellen für Kinder und Jugendliche behalten, so sehr der Vortragende bemüht und geeignet sein mag, ihn zu überwinden. Aus diesem Grunde habe ich, sofern ich Gelegenheit hatte, sexuelle Probleme im Unterricht zu behandeln, stets Wert darauf gelegt, daß die Besprechung solcher Fragen im Rahmen eines Kurses stattfand, in dem als gleich wichtig alle Teilgebiete sozialhygienischen Wissens, wie Alkoholismus, Tuberkulose, Wohnungsfrage, Ernährungswesen, Sporthygiene, Sexualentwicklung und Geschlechtskrankheiten behandelt wurden. Ich habe nun schon vor drei Jahren erleben müssen, daß die Tatsache, einmal vor Jugendlichen beiderlei Geschlechts in einer Berliner Fortbildungsschule über Sexualfragen gesprochen zu haben und dabei einer Frage der Mädchen nach Schwangerschafts-Verhütungsmitteln nicht ausgewichen zu sein, genügte, um die evangelische Kirche mit lutherischer Streitbarkeit zu erfüllen, den Evangelischen Elternbund in die Schranken zu rufen und den verstorbenen deutschnationalen Stadtverordneten und ge-

wesenen Ministerialdirektor Dr. Kirchner zu veranlassen, eine Brandrede gegen solche „schamlosen" und „unerhörten" Belehrungen zu halten (Protokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 19. 5. 25, abgedruckt in meinem „Bub und Mädel", S. 146—160).

In dieser Rede, die sich angeblich gegen eine falsche pädagogische Methode auf dem Gebiet der hygienischen Aufklärung richtete, teilte Herr Kirchner unter anderem mit, daß in dem erwähnten Buche „Bub und Mädel", das ganz zu unrecht mit dem Unterricht in Verbindung gebracht wurde, „zunächst die Anatomie der Geschlechtsorgane in einer so eingehenden Weise dargestellt wird, wie wir sie als Studenten der Medizin auf der Universität kaum gehabt haben (Lachen links, Zuruf: Darum auch!)". Das weitere Niveau dieser Anklagerede geht aus folgenden Stellen des Protokolls hervor:

„Ich habe mich natürlich nach Herrn Dr. Hodann erkundigt und erfahren, daß er 30 Jahre alt ist und daß er und seine Frau aus der christlichen Kirche ausgetreten sind.

(Links: Mein Gott, ist das schlimm!)

Und daß er bei jeder Gelegenheit eine große rote Fahne heraushängt.

(Links: Das ist ja schrecklich. Dann ist er nicht schwarz-weiß-rot.)

Ja, lachen Sie nicht zu früh. Wenn Herr Dr. Hodann und seine Frau . . . . .

(Links: Hat sie auch ein Nachthemd an, wenn sie zu Bett geht? Vorsteher Haß, SPD: Ich bitte doch, solche Zwischenrufe zu unterlassen. Links: Wenn er alles weiß, dann muß er auch das wissen. Pfuirufe rechts) . . . . ."

Leider kann man solche Dokumente zur Naturgeschichte der Deutschnationalen nicht als bloße Humoreske würdigen. Denn in der Sache liegt System. Das zeigte sich denn auch sehr bald darin, daß die Behörde dem Großberliner Elternbund, also den Vertretern der Kirche aufs Wort folgte und den Unterricht mir entzog, ferner veranlaßte, daß mein Buch „Bub und Mädel" aus allen Schulbüchereien zu verschwinden habe. Die Tatsache, daß eine Anfrage der Deutschen Volkspartei im preußischen Landtag vom zuständigen Minister durch Veröffentlichung des Aktenmaterials beantwortet wurde, aus dem hervorging, daß alle Beschuldigungen gegen mich aus der Luft gegriffen waren (Drucksachen d. preuß. Landtags, 2. Wahlperiode, 1. Tagg. 1925, Nr. 886 A v. 9. 7. 25), änderte an diesem Beschluß nichts: Der Unterricht blieb bis zum heutigen Tage verboten.

Es dürfte für einen Marxisten nicht weiter wunderbar sein, daß die bürgerliche Welt in Aufregung gerät, wenn man die materialistisch-wirtschaftlichen Hintergründe ihrer sogenannten Moral enthüllt. Daß diese Moral bei der Erörterung der wahren Tatsachen kapitalistischer Bevölkerungspolitik, geburtenregelnder Mittel und Wirkung der Abtreibungsgesetzgebung einen schweren Schlag erhält, liegt auch auf der

Hand. Die Aufregung und der Angriff sind ein beredtes Zeichen dafür, daß man als Sozialist seine Pflicht getan hat! Denn sich mit den Vertretern des Bürgertums im Einklang zu befinden, legt stets den Verdacht nahe, daß man allzu bereit zu Konzessionen ist oder gewesen ist. Es hat für uns Sozialisten schlechthin keinen Sinn, über das Gebiet der Sexualfrage etwas zu sagen, was bekanntlich hundert andere auch schon gesagt und geschrieben haben, wenn wir nicht die Behandlung der Frage marxistisch gestalten, das heißt die gesellschaftlichen Ursachen der Sexualnot unserer Tage durchleuchten. So hat der Stuttgarter Staatsanwalt einen recht guten Instinkt bewiesen, wenn er meint, daß es mir „auch noch um andere Dinge zu tun ist", nämlich politische. Etwas anderes allerdings hat er dabei vergessen: Wie nämlich das Geschlechtsleben in Wirklichkeit aussieht und sich entwickelt. Wir dürfen nicht verkennen, daß wir selbst davon nur die Grundzüge kennen, weil die bisherige Verschleierung der Verhältnisse uns ein ganz falsches Bild hat gewinnen lassen. Die wirklichen Verhältnisse werden charakterisiert, wenn man weiß, daß neunjährige Knaben den Coitus bildhaft in allen Einzelheiten darstellen (vergl. Abbildung 17 meines Buches „Geschlecht und Liebe"), daß 12- und 13-jährige Mädchen in unseren Schulen sich nach Fromms Act und danach erkundigen, wieviel Wochen nach der Entbindung man wieder Verkehr haben könne, oder wenn man das ungemein kennzeichnende Bildchen von Zille betrachtet, das zwei achtjährige Kinder in einem Hofwinkel zeigt mit der Unterschrift: Wat broochen wir sexuelle Uffklärung? Wir schlafen zu achte in een Zimmer!

Von den Voraussetzungen dieser sexuellen Wirklichkeit aus sind die beschlagnahmten Bücher geschrieben, und noch dazu in einer Sprache, die jeder Proletarier verstehen kann, nicht wie der gelehrte van de Velde, der ähnliche Dinge in der Sprache „vorurteilsloser medizinischer Wissenschaft" für den Bürger gesagt hat. Das war zu viel des Guten. Das mußte Anstoß erregen. Daß die Bücher wirklich die Fragen erörtern, auf deren Erörterung es ankommt, beweist die Flut von Briefen, die sie hervorgerufen haben, sowohl das Kinderbuch: „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?", wie „Geschlecht und Liebe". Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, daß sich unter den Verfassern dieser Briefe eine ganze Reihe von Personen befinden, die politisch rechts stehen, sich als „Ihr getreuer Weißgardist" unterzeichnen oder adlige Namen tragen, aber aus der Ungeschminktheit der Schilderung soviel Vertrauen gewonnen haben, daß sie sich mit ihren persönlichsten Tragödien an mich wenden. Dieser Tatsache gegenüber ist es nun bezeichnend, daß der Staatsanwalt über das Buch „Geschlecht und Liebe" schreibt:

„Der Inhalt dieses Buches ist für jeden normal fühlenden Menschen, schon wegen der bis ins einzelne gehenden Darstellungen und Aufklärungen und der überaus schamlosen Arztgespräche, höchst anstößig."

Von beiden Büchern sagt er: „Es besteht der dringende Verdacht, daß dies Werke sind, bei welchen die Wissenschaftlichkeit bloßer Deckmantel ist . . . Auf sittlich nicht ganz gefestigte Personen und auf alle Jugendlichen muß dieser Inhalt geradezu verheerend wirken . . . . Hier handelt es sich also um ein Werk, das unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit und Aufklärung des Gelderwerbs wegen auf die Geilheit des Lesers spekuliert".

Wie stichhaltig diese Argumente sind, dafür nur ein Beispiel. In der Ablehnung der Beschwerde, die gegen die Beschlagnahme erhoben worden ist, wird von der Beschlußkammer des Landgerichts Rudolstadt besonders Seite 41 des Kinderbuchs beanstandet. Sie lautet — nachdem vorher von der Geschlechtsreife des Jugendlichen gesprochen wurde —:

„Es hat noch niemandem geschadet, ein wenig zu warten. Aber es sind schon viele weinend zu mir gekommen, die sich in Beziehungen zu einem anderen Menschen eingelassen hatten und es nicht mehr tragen konnten. Ich habe nicht immer helfen können. Es war manchmal zu spät.

Manchen von euch wird das Letzte dunkel erscheinen. Ich brauche hier nicht deutlicher zu werden. Denn die, die es angehen könnte, werden mich verstehen. Nur an sie sind diese Worte gerichtet.

Euch allen aber Glück auf zur Fahrt! Wahrlich, das Leben ist groß und schön, auch ohne den priesterlichen Segen, den freie Menschen de. neuen Zeit nicht mehr brauchen. Ihr seit die Träger dieser neuen Zeit Bleibt ihrer wert!"

Ueber diesen „Tatbestand" sagt das Landgericht:

„Die Erörterung der Naturvorgänge im Buch »Bringt uns wirklich der Klapperstorch, bes. S. 33, ist zwar nicht unzüchtig im Sinne des § 184 StGB., sie regt aber die Phantasie des unreifen Kindes, an das das Buch vom Verfasser gerichtet ist, auf dem Gebiet des Geschlechtslebens an. Das verletzt das Schamgefühl aller normal denkenden Erwachsenen und Kinder, besonders, wenn das Buch, wie Seite 41 ergibt, ausklingt in eine Propaganda für die freie Liebe".

Ich habe erstaunt Seite 41 wieder und wieder gelesen. Das Ergebnis dieses Lesens war, daß ich als einzige Erklärung fand, dem beschließenden Gericht müsse wohl das Zivilstandsgesetz aus den 70er Jahren entgangen sein. Denn bekanntlich sind in Deutschland Eheschließungen nur vor dem Standesamt gültig, und der Priester, sofern ihm jemand nicht entbehren zu können glaubt, darf seinen Segen nur geben, wenn die Standesamtsquittung vorgelegt wird. An solchen Details mag man ermessen, daß, wie ich anfangs bereits belegt habe, die moralische Entrüstung deutscher Richter nur der Vorwand ist, hinter dem etwas anderes getroffen werden soll: Nämlich die wahrheitsgemäße Aufklärung des Proletariats und seiner Kinder über die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie leben, in unserem Spezialfalle hinsichtlich der sexuellen Frage.

Dafür gibt es nun, auch aus neuester Zeit, ein weiteres Dokument, das zwar nicht mich persönlich betrifft, dafür aber

vom Amtsgericht der weltberühmten Stadt Cöpenick, bzw. des entsprechenden Berliner Stadtteils stammt. Beklagt ist die Verfasserin einer Schrift über Empfängnisverhütung, Maria Winter. Im Prozeß legte Rechtsanwalt Golinski die Schriften des Reichspatentamtes vor, die einige hundert empfängnisverhütende Mittel beschreiben und mit Bildern illustrieren. Er empfiehlt dem Staatsanwalt die Beschlagnahme, lediglich, um konsequent zu sein. Der winkte ab. Golinski zeigte ihm Magnus Hirschfelds „Geschlechtskunde", in deren zweitem Band in volkstümlicher Weise empfängnisverhütende Mittel beschrieben werden. Der Staatsanwalt entgegnete trocken: Ein Buch in der Ausführung kommt doch gar nicht in Frage! Das heißt also: Je billiger ein Buch über diese Fragen ist, je verständlicher für den Proletarier es geschrieben ist, desto gefährlicher ist es, desto eher muß es verboten werden. In dieser Abwägung liegt offenbar die juristisch scharfsinnige Anwendung des Satzes, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind.

Von uns hat hoffentlich niemals einer an diese Gleichheit geglaubt. Denn wir wissen, daß die Justiz jeweils eines der verschiedenen Herrschaftsinstrumente der herrschenden Klasse darstellt. Damit dürfte bewiesen sein, was ich anfangs durch die Gleichordnung der Verbote der Bücher von Becher, Wendel und mir zu betonen versucht habe: Es handelt sich hier gar nicht um den Schutz der Moral, es handelt sich um eine politische Provokation seitens einer Kaste, die nach zehn Jahren deutscher Republik wieder stark genug zu sein glaubt, um alle Reste des Novembergeistes unterdrücken und die alte Maulkorbpolitik wieder einführen zu können. Heute sagt man: „Eine Zensur findet nicht statt" (Artikel 118 der Reichsverfassung). Früher war man ehrlicher: Keiner der alten Despoten des Feudalismus und der konstitutionellen Uebergangszeit hat sich je genötigt gefühlt, die Tatsache der ausgeübten Zensur zu verschleiern. Die Spiegelfechterei der heutigen bürgerlichen Gesellschaft kann uns indessen nicht täuschen. Wer gegen die Uebergriffe behördlicher Stellen sich zu wehren beflissen fühlt, muß und wird wissen, daß es sich hier nicht um Auseinandersetzungen der Moral und der Wissenschaft handelt, sondern daß dies ein politischer Kampf ist, der in der Arena der politischen Oeffentlichkeit ausgefochten werden muß.

Kurpfuschertum und sozialistische Presse.

von Dr. Feuerstein (Jena).

Kurpfuscherei ist sicherlich nicht die Folge kapitalistischer Produktionsform. Vielmehr blieben die obsoleten Vorstellungen der offiziellen Medizin im Volke haften und äußerten sich

darin, daß jedermann auch jedermann seine gutgemeinten Ratschläge just in Gesundheitsdingen gerne gab. Es existiert eine Anekdote, die dafür sehr charakteristisch ist. Einst in der Renaissancezeit wettete einer der Tyrannen in den damaligen Duodezstaaten mit seinen Gastfreunden, welcher Beruf am meisten Mitglieder habe. Jeder nannte einen andern. Der Narr aber meinte: der Beruf der Krankheitsberater und erbot sich, in 24 Stunden den Beweis zu erbringen. Er ging nach Hause, band sich ein Tuch ums Gesicht und zeigte sich so auf der Straße. Alle, die ihn kannten oder nicht kannten, die ihm begegneten, fragten, warum er die Binde trage und gaben, als er ihnen über Zahnschmerzen klagte, verschiedene Ratschläge. Folgenden Tags konnte er seinem Herrn eine derart große Zahl von Ratgebern nennen, daß dieser sich als besiegt erklären mußte. So war es und so ist es geblieben. Inwieweit das Helfenwollen, wieweit das Wichtigtun oder die simple Geschwätzigkeit hierbei eine Rolle spiele, soll unerörtert bleiben. Die Tatsache genügt. Die Kurpfuscherei als Beruf, und zwar im bewußten Gegensatz zur geltenden Medizin, ist schon viel älteren Datums und dürfte kaum älter sein, als der Kapitalismus. Dieser hat auf das Ueberhandnehmen und die jetzige Gestaltung des Kurpfuschereiwesens ausschlaggebenden Einfluß gehabt.

In Deutschland hat die für das Emporsteigen der Bourgoisie notwendige Freiheits-Ideologie die Bande der Zunftmedizin gelöst und so auch für Berufspfuschertum Tür und Tor geöffnet. Die in der dialektischen Entwicklungslinie des Kapitalismus liegende soziale Gesetzgebung offenbarte einerseits der einflußreichen Kassenbürokratie und den großen Massen die Schwächen der ärztlichen Therapie, die im Gegensatz zu den genialen Fortschritten der medizinischen Forschung vielfach im Dunklen tastete, andererseits führte sie zu einer Depravation großer Reihen von Aerzten, die sich wegen der schlechten Bezahlung der Einzelleistung gezwungen sahen, dem einzelnen Patienten nur wenig Zeit zu widmen und außerdem ein gewissermaßen polizeiliches Element als absoluten Fremdkörper in ihr Arzttum von den als Arbeitgeber an schneller Erreichung der Arbeitsfähigkeit interessierten Kassenverwaltung aufgedrungen bekamen. Der Krieg, die Umwälzung, die Inflation vollendeten die Proletarisierung des Aerztestandes. An dieser Tatsache ändert es nichts, daß Tausende von Kassenärzten über ein weit höheres Einkommen verfügen, als früher. Der sichere Besitz und das Herrenbewußtsein war es, was sie früher von dem Proletariat trennte. Jetzt ist es nur die politische Zugehörigkeit zu rechtsbürgerlichen Parteien, durch die sie sich den früheren Zustand vorzutäuschen suchen. Jede wirtschaftliche, jede moralische Schwächung der offiziellen Vertreter der medizinischen Wissenschaft ist aber

mittelbar eine Stärkung der Gegenseite. So kam es, daß den Kurpfuschern der Hahnenkamm mächtig anschwoll, derart, daß sie jetzt bereits den Uebermut haben, zum Angriff überzugehen. Der Verband für Parität der Heilmethoden, von Berufskurpfuschern und Verbandsfunktionären aufgezogen, stellt eine starke Organisation dar, die straffer, zielbewußter, konsequenter, und vor allem skrupelloser ist als die ärztlichen Organisationen, in denen der gewohnte nationalistische Geist noch lange nicht verschieden ist.

Wir sozialistischen Aerzte müssen uns klar die Frage stellen: Ist dem arbeitenden Volke das Kurpfuscherwesen nützlicher, als das offizielle medizinische Zunftwesen, dann stellen wir uns offen auf Seiten des ersteren. Korpsgeist ist für uns der Götze nicht, dem wir unsere tiefsten Ueberzeugungen zu opfern gewillt wären. Sind wir aber der Meinung, daß die Schulmedizin als Wissenschaft — sei sie Klassenmedizin oder nicht — Erkenntnisse errungen hat und zu erringen imstande ist, die einstmals zu einer wirklichen Genesung der Menschheit führen kann und daß die Adoption dieser Wissenschaft, trotzdem ihre sonstige Ideologie der unseren entgegengesetzt ist, in ihrer überwiegenden Mehrheit eine sozial notwendige Arbeit verrichten, daß dagegen das Kurpfuschertum mit geringen Ausnahmen ein auf Unwissenheit und Beeinflußbarkeit der Volksmassen schmarotzender, von Klassengegensätzen seine Nahrung ziehender sozialer Krebsschaden ist: dann müssen wir unseren Einfluß innerhalb unserer Partei benutzen, vor allem der Provinzpresse zu untersagen, durch die Form ihrer Referate und der Anzeigen der Kurpfuscherei in hohem Maße Vorschub zu leisten.

Indem wir den Interessen der ärztlichen Wissenschaft und Praxis dienen, nützen wir den arbeitenden Massen. Hier abseitsstehen, weil die vielen Tausende von Kollegen durch ihre Stimme die Bourgoisie schützen, ist Unterlassung einer Pflicht, die nur wir sehende Aerzte erfüllen können.

Der Standpunkt des Kommissariats für Gesundheitswesen in Sowjet-Rußland mag uns Vorbild sein. Da wird jede Richtung, soweit sie auf exakten Methoden beruht und nachprüfbar ist, somit die Kennzeichen hat dessen, was man Wissenschaft nennt, in das Gebiet medizinischer Forschung aufgenommen. Die Presse nimmt keine kurpfuscherischen Reklamen an. Das Kommissariat sieht seine Aufgabe darin, die Massen aufzuklären und zu führen. Auf Plebiszite hin werden keine neuen Lehrstühle geschaffen. Und da kann es auch nicht vorkommen, daß beispielsweise in der „Prawda" die Augendiagnose als Humbug dargestellt wird, und in irgendeinem Pastorblättchen der Provinz große Referate erscheinen über von „Augendiagnostikern" gehaltene Vorträge. Da ist Ein-

heitlichkeit, Konsequenz des Standpunktes, Kongruenz zwischen Denken und Handeln. Sollten wir Sozialisten nicht einmal das Mögliche bei uns einzuführen versuchen?

Leitsätze zur Frage der Laienbehandlung.

Als Ergänzung zu dem Artikel des Gen. Feuerstein (Jena) veröffentlichen wir die uns von Gen. Schinnagel übersandten Leitsätze, die wir zur Diskussion stellen. Die Red.

1. Die Laienbehandlung in ihrer vorherrschenden tatsächlichen Erscheinungsform ist ein Schaden für die Gesundheit des Volkes und besonders der Arbeiterbevölkerung.
2. Die Erscheinung der Laienbehandlung hängt teilweise mit dem Bildungsmonopol der herrschenden Klasse zusammen.
3. Verschärft wird diese Erscheinung noch dadurch, daß der überwiegende Teil der Aerzteschaft beruflich und außerberuflich als Klassengegner der Arbeiterschaft auftritt.
4. Solange jenes Bildungsmonopol besteht, d. h. solange die Klassenherrschaft dauert, ist eine Beseitigung der gesetzlich zugelassenen Kurierfreiheit abzulehnen.
5. Die Laienbehandlung ist weniger durch Gesetze als vielmehr durch Aufklärung und hygienische Volksbelehrung zu bekämpfen.
6. Außerdem ist schon jetzt eine Einschränkung des Bildungsmonopols im allgemeinen zu fordern und im besonderen eine Erleichterung der Zulassung zum medizinischen Studium.

Sozialistische Programmrede in der neuen Ärztekammer.

Die Fraktion des V.S.Ä. entfaltet in der neugewählten Kammer eine rege Tätigkeit im Sinne unserer Ideen. In der Eröffnungssitzung hielt Gen. Leo Klauber im Auftrage der sozialistischen Fraktion eine viel beachtete Programmrede, die wir nachstehend in extenso zur Kenntnis geben. Die Redaktion.

Kollegen und Kolleginnen! Infolge des Proportionalwahlsystems ist es zum ersten Male möglich geworden, daß Vertreter einer politisch scharf umrissenen Gruppe in die Aertzekammer ihren Einzug gehalten haben. Das alte System hatte dies unmöglich gemacht. Wir haben nun Gelegenheit, auch in diesem Kreise die Stimme des Sozialismus ertönen zu lassen, auch hier die Forderungen der Berliner arbeitenden Volksmassen Ihnen zu Gehör zu bringen, und wir werden zu

beweisen versuchen, daß in den allermeisten Fällen die Forderungen der breiten Massen in Einklang zu bringen sind mit den vernünftigen Forderungen der werktätigen Aerzteschaft. Wir haben unser Programm Ihnen allen zugestellt, Sie kennen es aus den verschiedenen Veröffentlichungen des „Vereins Sozialistischer Aerzte", Sie wissen, daß wir die Sozialisierung des gesamten Gesundheitswesens erstreben und diese unsere Zielforderung auch nicht um Haaresbreite verlassen haben. Wir werden gewiß nicht in diesem Gremium den Antrag stellen, etwa hier die Sozialisierung des Heilwesens zu beschließen. Wir wissen, daß draußen außerhalb der Kammer andere Kräfte vorhanden sind, auf die wir uns stützen, daß Kräfte da sind, die zwangsläufig dahin drängen, aus dem heutigen Chaos, auch im Gesundheitswesen, ein neues Gebilde, den Sozialismus, entstehen zu lassen. Ihm wollen wir auch in dieser Kammer Wegbereiter sein. Wir werden in einzelnen Anträgen, die ja nur Teilforderungen sind, nur Teilprobleme umfassen können, Ihnen zeigen, wie wir uns die Lösung der Gesundheits- und Aerztefrage denken — in einem ganz anderen Sinne, als die bisherige Mehrheit der Kammer, und in einem anderen Sinne, als der Vertreter der größten Oppositionspartei, der soeben gesprochen hat. Wir wollen schon jetzt die wirkliche Hebung der Volksgesundheit, wir wollen vor allem für die Interessen der notleidenden Volksschichten in diesem Hause eintreten.

Die Forderungen, die wir in unseren zehn Programmpunkten gestellt haben, sind Ihnen bekannt. Es erübrigt sich, auf sie im einzelnen einzugehen. Ich möchte nur die hervorheben, die unsere praktische Arbeit gerade für die nächsten Wochen betreffen: Wir sind gegen die Ehrengerichte, die die Aerzte von anderen arbeitenden Schichten abgrenzen und das Gefühl in ihnen erwecken, als seien sie ein besonders bevorzugter Stand, der nicht zu den anderen herabsteigen dürfte. Deshalb werden wir den Antrag stellen, daß auch die neugewählte Aerztekammer sich entscheide, ob sie für die Beibehaltung der Ehrengerichte in der jetzigen Form ist oder nicht. Wir werden beantragen, daß anstelle der jetzigen Ehrengerichte eine mildere Institution trete, in der kollegiale Differenzen durch kollegiale Schiedsgerichte entschieden werden, wie das z. B. bei den Gewerkschaften der Arbeiter üblich ist, und daß Beschwerden, die gegen Aerzte von außerhalb erhoben werden, entweder vor den ordentlichen Gerichten erledigt werden, oder durch Schiedsstellen und Abmachungen mit den Außenstehenden. Es bedeutet durchaus keine Degradierung für die Aerzteschaft, sich auch einmal mit Vertretern der Patienten und Versicherten in einer Schiedsstelle an einen Tisch zu setzen.

Eine Frage, die die Kammer in den nächsten Wochen beschäftigen wird, sind die Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen der Aerztetage. In der Fachpresse ist dieses Thema schon angeschnitten worden. Es liegt mir hauptsächlich am Herzen, zu betonen, daß wir die Bestimmungen, wie sie zu den § 218 bzw. 228 auf dem vorletzten Aerztetage beschlossen worden sind, als Sozialisten nicht gutheißen können. Nach den Aerztetag-Beschlüssen sollen besonders ernannte Vertrauensärzte in jedem einzelnen Fall bestimmen, ob die medizinische Indikation zur Unterbrechung einer Schwangerschaft vorliege oder nicht. Wir wissen, daß die großen Volksmassen unter diesen Paragraphen und Bestimmungen unsäglich leiden und daß auch viele Kollegen, die es bestimmt nicht verdienen, heute die Gefängnisse und Zuchthäuser füllen. Wir wollen die soziale Indikation auch hier vertreten und es den Kollegen zum Bewußtsein bringen, daß auch sie in der jetzigen Krisenepoche des Kapitalismus nicht auf dem Standpunkt vergangener Jahrhunderte stehenbleiben dürfen, sondern daß auch hier, aus der Mitte der Aerztekammer heraus, sich die Vorkämpfer finden, um solche längst überholten mittelalterlichen Bestimmungen auszumerzen.

Es ist von dem Vorredner ausgeführt worden, wie er sich die Lösung der Krankenkassenfrage denkt. Wir haben einen prinzipiell anderen Standpunkt. Wir stehen in gewissem Sinne zwischen der Aerzteschaft und den Versicherungsträgern. Hier werden wir als Sozialisten angefeindet und bekämpft und draußen bei den Kassenführern sind wir als Aerzte „verdächtig". Unsere Stellung zwischen den Parteien gibt uns die Gewähr, daß wir die richtige Haltung eingenommen haben, auch in der Frage der Ambulatorien. Der „Verein Sozialistischer Aerzte" hat vor Jahren schon den beiden streitenden Parteien unsere Resolution zu dieser Frage bekanntgegeben. Sie ist zuletzt ungefähr in unserem Sinne von den höheren Schiedsstellen entschieden worden. Wir glauben, daß die poliklinische oder ambulatorische Behandlung ein medizinisch fortschrittliches System bedeutet gegenüber der heutigen Versorgung der Kranken bei dem einzelnen Arzt in seiner Sprechstunde. Wir haben jedoch betont, daß die Kassenambulatorien, wie sie in Berlin eingerichtet waren, nicht den Minimalforderungen entsprechen, die wir im Interesse der Kranken und Versicherten an richtige Ambulatorien und Polikliniken stellen müssen. Daraus war unsere Stellung zu erklären.

Wir werden weiterhin dafür sorgen, daß der Begriff des „Kollektivismus" der Gemeinschaftsarbeit, der jetzt auch von der Aerzteschaft angenommen ist, richtig angewandt und

ausgewertet wird. Mit der Annahme des einzelnen Terminus werden wir uns nicht begnügen, auch nicht damit, daß die Aerzteschaft jetzt den Gesundheitsdienst am deutschen Volke als ihre Hauptaufgabe auf ihr Programm setzt. Wir werden verlangen und darauf achten, daß zu den einzelnen vorliegenden Fragen positiv Stellung genommen wird von dem Gesichtspunkt des Dienstes am kranken Volkskörper, daß somit wirkliche Gesundheitsarbeit geleistet wird.

Zum Schluß möchte ich die Aerztekammer bitten, auch ihrerseits Schritte zu tun, um die zersplitterten Aerzteorganisationen zentral zusammenzufassen, damit alle Kollegen möglichst viel mitarbeiten können. Die zu schaffende neue Organisation der Aerzteschaft muß nach gewerkschaftlichen Grundsätzen errichtet werden. Wir waren und sind die Verfechter des Proporzes und haben auch in den Vorbesprechungen immer darauf Wert gelegt, daß auch die kleinsten Gruppen in den Kommissionen und im Vorstand vertreten sind. Ich bin überzeugt, daß unsere Wahlliste als eine größere Gruppe in die Aerztekammer eingezogen wäre, wenn sie nicht ihr klares sozialistisches Programm so eindeutig auch den andersdenkenden Kollegen vor Augen gehalten hätte. Wir hätten sicher, wenn wir unser Ziel, die Sozialisierung des Heilwesens, verhüllt hätten, da und dort Mitläufer gewinnen können. Es rührt uns gar nicht, daß uns das nicht gelungen ist. Wenn wir auch eine kleine Gruppe sind, so fühlen wir uns doch hier als die eigentlichen Vertreter der kommenden Zeit, und die kommende Zeit wird — dafür wird nicht die Aerztekammer, sondern die zwangsläufige Entwicklung der Volksmassen draußen sorgen — dieser kleinen Gruppe recht geben, sie wird die Kollegenschaft in unserem Sinne umgruppieren und die Aerzte zum wirklichen Dienst am Volkskörper bringen. (Bravo!)

Deutsche Ärztinnen zur Hebammenfrage.

Die Aerztinnenschaft, die ein starkes Interesse an der Regelung des Hebammenwesens hat, hat diese Frage zum Gegenstand eifriger Erörterungen auf ihrer Mitgliederversammlung im September 1927 in Weimar gemacht. Die Berliner Ortsgruppe hat über diesen Fragenkomplex mit den Hebammenverbänden und den Vertretern der Ministerien eine Aussprache gehabt, deren Ergebnis eine entsprechende Eingabe der Ortsgruppe an verschiedene für die Reichs- und die preußische Landesgesetzgebung maßgebende Körperschaften war. Dieser Eingabe, die eine reichsrechtliche Regelung für dringend

geboten hält, hat man nunmehr einen Gesetzentwurf folgen lassen, der im wesentlichen folgende Punkte enthält:

Personen, die weder eine ärztliche Approbation noch ein Prüfungszeugnis für Hebammen besitzen, ist die Ausübung der Geburtshilfe auch dann untersagt, wenn sie nicht gewerbsmäßig betrieben wird. Notfälle, d. h. Fälle, in denen ein Arzt oder eine Hebamme nicht zu erreichen war, sind hiervon ausgenommen.

Die Ausbildung der Hebammen findet in den hierfür bestimmten staatlichen Lehranstalten statt; sie umfaßt drei Jahre, und zwar entfallen: 18 Monate auf die geburtshilfliche Ausbildung

Nach Beendigung dieses dreijährigen Lehrgangs ist auf allen diesen Gebieten eine Prüfung abzulegen, über deren Ergebnis ein Zeugnis ausgestellt wird. Die Hebammenschülerinnen, die nicht unter 20, nicht über 30 Jahre alt sein sollen, müssen den abgeschlossenen Besuch einer Volksschule und einer dreijährigen Berufsschule nachweisen. Schülerinnen, die geistig oder körperlich zum Hebammenberuf untauglich sind, sind alsbald von der Anstaltsleitung zu entlassen. Der theoretische Unterricht soll durch praktische Betätigung ergänzt werden; jede Schülerin hat mindestens 25 klinische Entbindungen selbständig zu leiten.

Alle beruflich tätigen Hebammen haben alle fünf Jahre an einem dreiwöchentlichen Fortbildungslehrgang in einer saattlichen Hebammenlehranstalt teilzunehmen, der mit einer Prüfung abschließt.

Die Berufstätigkeit der Hebamme, die der Aufsicht des Kreisarztes untersteht, umfaßt: a) die Beratung von Schwangeren, b) die Ausübung der Geburtshilfe, c) die Versorgung von Wöchnerinnen und Neugeborenen, d) die Förderung der natürlichen Ernährung der Säuglinge.

Für jeden Stadt- und in jedem Landkreis werden fest abgegrenzte Bezirke gebildet, für die je nach Bevölkerungsdichte eine bis zwei Hebammen erforderlich sind, und zwar muß in Stadtkreisen für mindestens 3500, in den Landkreisen für mindestens 1500 Einwohner je eine Hebamme vorhanden sein.

Die Anstellung der Hebamme erfolgt nach zweijähriger Bewährung auf Privatdienstvertrag und vierteljährliche Kündigung, die jedoch nur aus wichtigen Gründen erfolgen darf.

In dem Anstellungsvertrag ist der Hebamme zuzusichern: a) die Zahlung eines Grundgehalts durch die Kreiskasse. Für dieses Gehalt hat die Hebamme alle Kassengeburten zu leisten, b) eine Vergütung für Geburten bei Nichtversicherten auf Grund einer von der Landes-(Provinzial-)Verwaltung zu regelnden Gebührenordnung, c) eine angemessene Entschädigung für die Mitarbeit in der Säuglingspflege, d) die unent-

geltliche Lieferung der Geräte, Bücher und Desinfektionsmittel, welche die Hebamme zur Ausübung ihrer Berufstätigkeit nötig hat. e) Reisekostenentschädigung und Tagegelder für die Teilnahme an einem Fortbildungslehrgang; f) ein jährlicher Urlaub, g) die Angestellten- und Krankenversicherung.

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten nicht für Hebammen, die an Krankenhäusern oder Entbindungsanstalten angestellt sind und ihren Beruf ausschließlich in deren Dienst ausüben. Für diese Hebammen kann der Reichsminister besondere Vorschriften erlassen.

Alle bisherigen Hebammengesetze der Länder treten mit diesem Gesetz außer Kraft.

Dieser Entwurf, dessen Durchführung die deutschen Aerztinnen mit lebhafter Freude begrüßen würden, wird den Rechten und Pflichten des Hebammenstandes in gleicher Weise gerecht; sie berücksichtigt eine Ausbildung, die den modernen Ansprüchen der Geburtshilfe genügt und gewährleistet eine gleichmäßige Verteilung der Hebammen über das Reichsgebiet sowie eine gesicherte Versorgung der Frauen mit einwandfreier Hebammenhilfe. Das bedeutet auch für die mit den Hebammen zusammenarbeitenden Aerzte eine außerordentliche Erleichterung. Held (Berlin).

Leitsätze zum Ausbau der Sozialhygiene.

Gen. Dr. Benjamin, der in der Mitgliederversammlung vom 8. März 1928 über den Ausbau der sozialhygienischen Fürsorge referierte, legte seinem Vortrag die nachstehend abgedruckten Leitsätze zu Grunde. Die Redaktion.

1. Förderung und Weiterführung aller auf planmäßige Prophylaxe und Therapie gerichteten Tendenzen, wie sie insbesondere auf dem Gebiete der sozialhygienischen Fürsorge sich in der Entwicklung befinden. Ganz besonders muß hingewiesen werden auf die Notwendigkeit systematischer gewerbeärztlicher Ueberwachung aller Arbeiterschichten, die zur Zeit noch fast gänzlich fehlt. Hier eröffnet sich ein weites Betätigungsfeld für die Aerzteschaft. Die Einrichtungen der russischen Gewerbehygiene können als Vorbild dienen.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung muß die Kommunalisierung dieser Gesundheitseinrichtungen und ihres Personals gehen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Verbeamtung der Aerzte.

Im Gegensatz zu den Forderungen des Bürgerblocks und der reaktionären ärztlichen Standesorganisationen, die einen Abbau der Gesundheitsfürsorge und ihre Beschränkung auf die Kreise der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger fordern,

muß diese demnach auf die gesamte Bevölkerung, alle Zweige der Fürsorge und jede Lebensperiode ausgedehnt werden.

2. Förderung und Weiterführung aller Tendenzen, die auf Verwandlung des ärztlichen Zwergbetriebes in eine kollektive Tätigkeit im Rahmen der Kommune und Sozialversicherung gerichtet sind. (Ausbau eines Netzes von spezialistischen Fürsorge- und Behandlungsstellen, von Ambulatorien, Polikliniken usw.)

3. Planmäßige Verteilung der Aerzte auf die Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Anstellung in städtischen und ländlichen Bezirken mit vorwiegend proletarischer Bevölkerung. — Gemessen am Bedarf besteht in Deutschland keine Ueberfüllung des Arztberufes, wohl aber vielerorts ein Mangel an Aerzten.

4. Kampf gegen diejenigen Kräfte, die die Sozialpolitik und Sozialhygiene als unproduktiv bekämpfen. — Die maßgebenden Organisationen der deutschen Aerzteschaft segeln im Fahrwasser der herrschenden reaktionären Schichten. Die sozialistischen Aerzte müssen durch die proletarische Presse die Aufklärung darüber in weiteste Kreise des Proletariats tragen.

Die Durchführung eines derartigen Gesundheitsprogramms kann nur im politischen Kampf erreicht werden, der von den sozialistischen Aerzten in der Kampffront und mit Unterstützung des klassenbewußten Proletariats geführt werden muß. Ein enges Kampfbündnis mit allen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens tätigen Organisationen, wie dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, den proletarischen Organisationen der Kriegs- und Unfallbeschädigten, der Arbeitersamariter usw. ist notwendig.

Bekämpfung von Volksseuchen durch die Gemeinde Wien.

Von Gemeinderat Otto Eisinger, Beamter der Wiener Gebietskrankenkasse.

Die Tätigkeit der Gemeinde Wien auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens und der sozialen Verwaltung findet allüberall bei gerechten Beurteilern sowohl im Inland als auch im Ausland die entsprechende, wohlverdiente Anerkennung. Dieses für eine vernünftige Bevölkerungspolitik so wichtige Ressort hat unter der Leitung des hervorragenden Fachmannes Professor Tandler eine ungeahnte Entwicklung genommen. Ob wir die Kinder-, die Jugend- oder die Erwachsenenfürsorge betrachten, überall tritt uns ein konsequentes und Er-

folg bringendes Bekämpfen sozialer Mißstände und Schäden durch die Gemeinde Wien entgegen.

Besonders der Kampf gegen die Volksseuchen, gegen die Tuberkulose-, Syphilis- und Alkoholseuche, wird als eine der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben der Gemeinde erfaßt und die Gemeinde läßt nichts unversucht, diesen Geißeln der Menschheit an den Leib zu rücken. Vor dem Kriege ist dagegen leider fast nichts geschehen. Die Gemeinde besaß beispielsweise keine einzige Anstalt für erwachsene Tuberkulöse, und die zur Verfügung gestandenen Plätze für lungenkranke Kinder haben dem Bedarf lange nicht entsprochen.

Der alles vernichtende, die Volksgesundheit aufs tiefste untergrabende Krieg hat bei der entsetzlichen Not an Lebensmitteln die Verhältnisse katastrophal verschlechtert und der Tuberkulose einen Nährboden gegeben. Das Ende des Krieges brachte leider nicht das Ende jener die Gesundheit untergrabenden Zustände, da die weiter wirkenden Wirtschaftskrisen die Verelendung breiter Massen nach sich zogen. Die Gemeinde, die schon in der Kriegszeit begann, Tuberkulösenfürsorgestellen zu errichten, mußte ihren Kampf gegen die Volksseuchen noch verstärken und insbesondere eine zielbewußte Tätigkeit gegen die Tuberkulose entfalten. Die eigentliche rationelle städtische Tuberkulösenfürsorge ist erst nach dem Kriege zu verzeichnen.

Der Grundsatz jeder vernünftigen Bevölkerungspolitik, vorbeugend zu wirken, kommt in der Fürsorge der Gemeinde Wien konsequent zur Anwendung. Die Errichtung von bisher mehr als 30 000 hellen, luftigen, sonnigen Wohnungen, die dadurch gegebene Möglichkeit, die Schlafräume der Eltern von denen der Kinder zu trennen, die Geheilten nicht wieder in die schlechten Wohnungen mit Kindern und Erwachsenen, Gesunden und Kranken, zusammenzudrängen, ist eines der besten Mittel, die Tuberkulose schon im Keime zu ersticken. Der Wohnhausbau war vor dem Krieg der privaten Initiative überlassen und auch heute gibt es noch Schwärmer dafür, durch die Lockerung des Mieterschutzes es dem privaten Kapital zu ermöglichen, als Bauherr aufzutreten. Abgesehen von allen sonstigen volkswirtschaftlichen Erwägungen, wehrt sich die gegenwärtige Gemeindeverwaltung gegen die Wiederkehr der privaten Bauzustände in Hinsicht auf die Bedürfnisse der Volksgesundheit. Die durch die Bauordnung erlaubte Verbauung bis 85 Prozent der Grundfläche wurde von den privaten Grundherren restlos ausgenützt und da entstanden nun jene berüchtigten Wohnungen, die den bescheidensten Ansprüchen der Hygiene nicht entsprachen. In den Kellerwohnungen, in den Wohnungen ohne direkte Belichtung mit den Fenstern auf Gänge oder in den Lichthof, wütete die Tuberkulose. Die Gemeinde Wien bleibt in der Ausnützung

der zu verbauenden Grundfläche stets unter 50 Prozent und schafft damit langsam aber sicher die oben gekennzeichneten Brutstätten der Tuberkulose weg.

In den städtischen Wohnhausanlagen werden die Mieter ärztlich untersucht, um ein Bild von der Ausbreitung der Tuberkulose unter den Bewohnern zu gewinnen und dann alle Mittel in Anwendung bringen zu können, die der Bekämpfung dieser Krankheit dienen. Der prophylaktischen Tuberkulösenfürsorge dient die Errichtung von Kinderfreibädern, das Entsenden von Wiener Kindern aufs Land, die Erholungsfürsorge für die Lehrlinge, das Ausspeisen von vorschulpflichtigen Kindern in den Kindergärten und von Kindern in den Schulen. In der Erkenntnis, daß viele Eltern infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit usw., den Kindern kein warmes Mittagessen geben können, gibt die Gemeinde Wien täglich durchschnittlich an 89 Speisestellen 17 000 Kindern ein warmes, kräftiges Essen. Der volle Betrag von 60 Groschen für die Portion wird nur von ½ Prozent bezahlt, während 3 Prozent die Hälfte, 16,5 Prozent ein Viertel und die Gemeinde Wien aus eigenem für 80 Prozent der Kinder die Kosten deckt. Waren für die Kosten der Schülerausspeisung in den Schulen im Budget 1927 1 800 000 Schilling eingesetzt, so weist das Budget des Jahres 1928 für diese Zwecke allein die Summe von 2 600 000 Schilling aus.

In den Schulen nehmen die Schulärzte, wenn die Eltern damit einverstanden sind, an den Kindern der ersten Volksschulklassen Hautproben (Dermotubinproben) vor, um rechtzeitig, schon bei der beginnenden Gefahr, gegen die Krankheit auftreten zu können. Im Schuljahr 1925/26 waren von den 10 777 durchgeprobten Kindern von den Knaben 38,6 Prozent, von den Mädchen 38,1 Prozent positiv.

Eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose durch die Gemeinde erfolgt auch durch die Modernisierung der Kehrichtabfuhr. Durch das Verschwinden des Mistbauers und die restlose Einführung des Coloniasystems noch in diesem Jahre wird der unsanitären Staubentwicklung ebenso entgegengetreten, wie durch die großzügigen Verbesserungen der Straßenpflege und die Wasserbesprengung und Oelung der Straßen.

An die vorbeugende Tätigkeit der Gemeinde schließt sich die Arbeit der Heilung der von den Seuchen erfaßten Menschen an. Es stehen der Gemeinde gegenwärtig zehn Tuberkulösenfürsorgestellen zur Verfügung, weitere drei Fürsorgestellen sollen errichtet werden. Der Zweck dieser Stellen ist vor allem, die Kranken ausfindig zu machen und weiterhin die im Einzelfalle zweckmäßigste Form zur Verhütung der Weiterverbreitung dieser Krankheit innerhalb der Woh-

nungsgenossen damit zu verbinden. Die heilungsfähigen Tuberkulösen werden in entsprechenden Anstalten untergebracht, die Schwerkranken von der Umgebung durch Abgabe in Krankenanstalten isoliert und den anscheinend Gesunden (besonders den Kindern) wird jene Fürsorge zuteil, die eine Kräftigung ihres Organismus und die Verhinderung des Ausbruches einer bevorstehenden Erkrankung zum Ziele hat.

Zur Unterbringung von Erkrankten stehen der Gemeinde die Lungenheilanstalt „Baumgartnerhöhe", die Kinderheilanstalten Bad Hall und Sulzbach-Ischl, die Erholungsstätten für Leichtlungenkranke „Kreuzwiese" und Himmelstraße, sowie das Kindererholungsheim Lussingrande zur Verfügung. Außerdem trägt die Gemeinde die Kosten für den Aufenthalt Bedürftiger in fremden Anstalten, wie „Landschaftliches Krankenhaus Bad Hall", Krems, Rekonvaleszentenheim in Weidlingau-Wurzbachtal, Pflegeheim „Schloß Bellevue", Enzenbach und Grimmenstein, sowie die Belichtungskosten für Lupuskranke.

Zusammen stehen der Gemeinde Wien heute 2350 Betten für Tuberkulöse aller Altersstufen und Krankheitsformen zur Verfügung; zu diesen dürfen wir noch 70 Plätze für gesunde Kinder hinzuzählen, für die die Gemeinde durch Unterbringung in Familienpflege sorgt, wenn sie durch ihre tuberkulöse Umgebung gefährdet erscheinen. Zur zweckmäßigen Verteilung der von den Fürsorgestellen zugewiesenen Kranken in die verschiedenen Heilanstalten hat die Gemeinde schon im Jahre 1923 eine Zentralaufnahmestelle geschaffen. Der ärztliche Leiter der Zentralaufnahmestelle, dem als Tuberkulosereferenten des städtischen Gesundheitsamtes alle Tuberkulösenfürsorgestellen unterstehen, entscheidet über die Aufnahme. Das Institut führt einen Zentralkataster aller lungenkranken und lungenschwachen Personen, die es in der entsprechenden Form, entweder durch Zuweisung an eine Fürsorgestelle oder durch Abgabe in eine Anstalt, zu befürsorgen hat.

Die umfassende Bekämpfung der „Wiener Krankheit" durch die gegenwärtige Gemeindeverwaltung nimmt natürlich immer mehr Mittel in Anspruch. Im Jahre 1923 hat die Gemeinde rund 17 Milliarden, in den Jahren 1924 und 1925 je rund 25 Milliarden, im Jahre 1926 rund 27 Milliarden, im Jahre 1927 rund 32 Milliarden ausgegeben und im Budget für 1928 ist eine Nettosumme von rund 41 Milliarden für diese Zwecke eingesetzt.

Der Erfolg des grandiosen Kampfes gegen diese Volksseuche ist auch nicht ausgeblieben; ein bedeutender Rückgang der Tuberkulösensterblichkeit ist aus folgender Statistik zu ersehen. Es starben von 10 000 Einwohnern in Wien an Tuberkulose:

Jahr	
1913 (volles Friedensjahr)	30
1919 (Elendsjahr nach dem Krieg	57
1920	40
1921	28
1922	30
1923	25
1924	22
1925	20
1926	20

Der Kampf gegen die Syphilis wird von der Wiener Gesundheitsverwaltung in ebenso zielsicherer Weise geführt. Die Beratungsstelle für Geschlechtskranke funktioniert ganz ausgezeichnet und erfreut sich großer Beliebtheit. Man denkt daran, öffentliche Stationen zu errichten, in denen jedermann sich einer Blutprobe unterziehen kann. In allen städtischen Spitälern werden alle Patienten auf Wassermann untersucht, eine Einrichtung, die im „Steinhof“ schon auf mehrere Jahre zurückgeht. Alle bei der Gemeinde Wien in Dienst Eintretenden werden der Wassermannschen Probe unterzogen.

Eine Einrichtung der Gemeinde Wien verdient besonders hervorgehoben zu werden. Schwangere Frauen, die keiner Krankenkasse angehören und sich bis längstens im vierten Monat ihrer Schwangerschaft bei den in den Bezirken befindlichen Mutterberatungsstellen zwecks Untersuchung ihres Blutes melden, bekommen nach ihrer Niederkunft durch vier Wochen eine Mutterhilfe von je 10 Schilling. Auf diese Weise wird der Erbsyphilis der Krieg erklärt, und da diese Form des Kampfes gegen diesen Schrecken der Menschen auch allenthalben Nachahmung findet, kann man hoffen, in absehbarer Zeit diese Krankheit auszurotten.

Auch die im Jahre 1922 errichtete Eheberatungsstelle ist ein Mittel im Kampfe der Gemeinde gegen die verheerende Volksseuche Syphilis.

Wenn der Staat und die Oeffentlichkeit diese konsequente und systematische Bekämpfung unterstützen, und wenn die Belehrung und Aufklärung über die Gefahren dieser Volksseuche fortgesetzt werden, dann wird es gelingen, dieser Krankheit Herr zu werden.

Auch im Kampfe gegen die nicht weniger gefährliche Alkoholseuche leistet die Wiener Gesundheitsverwaltung ersprießliche Arbeit. Zunächst sei darauf hingewiesen, daß aus allen städtischen Anstalten der Alkohol grundsätzlich verbannt ist. An die Stelle der früher überall üblichen Kantinen mit Bier, Wein und Schnaps ist der Ausschank von alkoholfreien Getränken und von Milch getreten. Im Jahre 1925 wurde die Trinkerfürsorgestelle der Gemeinde Wien errichtet, die unter der Leitung des hervorragenden Facharztes Dr. Wlas-

sak, dem zwei Fürsorgerinnen beigegeben sind, die Befürsorgung von Alkoholikern besorgt. Die Abstinenzpropaganda wird durch namhafte Subventionen an Antialkoholvereine unterstützt, wie auch die Wiener Schulverwaltung dieser Propaganda durch Einführung eigener Antialkohol-Schultage dient. Im Jahre 1922 wurde die Trinkerheilstätte am Steinhof errichtet, die nunmehr auf günstige Heilerfolge zurückzublicken vermag.

Ueberblicken wir nun die vorstehend kurz geschilderten Leistungen auf dem Gebiet der Bekämpfung der Volksseuchen durch die Gemeinde Wien, dann muß man den redlichen Willen und das erfolgreiche Bemühen anerkennen, das hier bei der Niederringung dieser Krankheiten angewendet wird. Getragen von der tiefen Verantwortung, den Bedürfnissen und Interessen der breiten Massen zu dienen, wird die Gemeinde Wien auf diesem Wege beharrlich weiterschreiten.

Die Erholungsheime in der Sowjetunion.

Nach der in der Sowjetunion gültigen Gesetzgebung hat jeder Arbeiter und Angestellte, der in einem Unternehmen 5½ Monate arbeitet, das Recht auf einen Urlaub von mindestens zwei Wochen im Jahr. Bei Personen unter 18 Jahren ist der Urlaub auf einen Monat festgesetzt. Der Urlaub wird gewöhnlich in der Sommerzeit von Mai bis Oktober erteilt. Für die Zeit des Urlaubs erhält der Arbeiter oder Angestellte seinen vollen Arbeitslohn.

Das Urlaubsrecht ist eine der größten Errungenschaften der Oktoberrevolution für das russische Proletariat. Bis zur Oktoberrevolution erhielten die Arbeiter keinen bezahlten Urlaub. Urlaub erhielten nur die Angestellten in staatlichen Unternehmungen und auch nicht als Recht, sondern auf besonderes Gesuch, in dem ein Arzt die Notwendigkeit des Urlaubs bestätigen mußte.

Mit der Einführung des bezahlten zweiwöchentlichen Urlaubes entstand der Plan, Vorkehrungen dafür zu treffen, daß die Werktätigen die Urlaubszeit auf das rationellste und in erfolgreichster Weise ausnutzen konnten. Zu diesem Zwecke wurden die sogen. Erholungsheime eingerichtet.

Das Erholungsheim ist kein Sanatorium, es nimmt keine Kranken auf. In ihm befinden sich nur von der Arbeit ermüdete Personen. Das Erholungsheim gibt den Arbeitern und Angestellten Möglichkeit, ihre Gesundheit zu festigen, sich gut zu erholen und auf einige Zeit einen Wechsel in ihr Werktagsleben hineinzubringen.

Die ersten Erholungsheime wurden in der Sowjetunion im

Jahre 1920 in Leningrad, Moskau und im Ural errichtet. Die hierfür nötigen Mittel wurden damals aus dem Staatsbudget durch das Volkskommissariat für Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt. Seit 1927 sind alle Erholungsheime den Versicherungskassen unterstellt worden, die sie ausschließlich auf ihre Kosten unterhalten.

Natürlich sind die Mittel der Kassen im Zusammenhang mit der ökonomischen Lage des Landes bei weitem nicht völlig ausreichend, doch wird für diese Zwecke eine sehr beträchtliche Summe zur Verfügung gestellt. Die Versicherungskassen gehen dabei von der Anschauung aus, daß die für die Erholungsheime aufgewandten Mittel der Stärkung des Organismus der Arbeiter und Angestellten dienen und so die Dauer der zeitweiligen Arbeitsunfähigkeit herabsetzen, d. h. es werden durch diese Ausgaben der sozialen Versicherung größere Mittel erspart.

Bereits in den ersten Jahren, in denen die Versicherungsorgane an der Errichtung von Erholungsheimen teilzunehmen begannen, erreichte dies ein großes Ausmaß. Im Jahre 1923/24 besaßen die Versicherungsorgane 9740 Plätze, 1924/25—31 850, 1925/26—36 500, 1926/27—56 910 Plätze in den Erholungsheimen.

Auf Kosten der Versicherungskassen befanden sich in den Erholungsheimen in der ganzen Sowjetunion: 1924/25—254 844 Personen, 1925/26—291 499 Personen, 1926/27—455 286 Personen.

Die Ausgaben der Versicherungsorgane für die Erholungsheime betrugen: 1924/25—9 591 347 Rubel, 1925/26—7 292 107 Rubel, 1926/27—11 982 682 Rubel.

Während des Aufenthaltes im Erholungsheim erhält jeder Versicherte daselbst kostenloses Essen, Wohnen und zahlreiche kulturelle und bildende Einrichtungen zur Verfügung. Jedes Erholungsheim besitzt einen Arzt, der die Urlauber in gesundheitlicher Beziehung überwacht. Für Arbeiter und Angestellte mit einem Arbeitseinkommen unter 60 Rubel im Monat, bezahlt die Versicherungskasse die Eisenbahnfahrt zum Erholungsheim.

Die Krankenkassen errichten die Erholungsheime in Gebäuden der früheren Herrensitze etc., von denen es in der Umgebung der Gouvernementsstädte eine sehr große Zahl gibt. Doch können diese Häuser nicht in allen Fällen den Ansprüchen der Krankenkassen für eine Unterbringung einer großen Zahl von Urlaubern genügen, so daß die Krankenkassen auch besondere Gebäude errichten, bzw. bereits bestehende umbauen.

Die Erholungsheime sind gewöhnlich sehr gut gelegen, befinden sich weit von der Stadt entfernt in der Nähe von

Wald und See. Die Häuser sind von Gärten umgeben, besitzen Sportplätze und einige sogar Theaterbühnen.

So ist z. B. das Erholungsheim der Schifferversicherungskasse am linken Ufer der Wolga 12 km von Samara entfernt gelegen (in dem Landhause eines früheren Millionärs aus Samara), inmitten eines Eichenwaldes und Obstgärten mit einer Ausdehnung von mehreren Kilometern. Von der Terrasse und den Zimmern hat man einen herrlichen Ausblick auf die Wolga und auf Samara. Eine Badeanstalt, Sonnenbäder und Boote stehen den Urlaubern zur Verfügung.

In Zagweri im Kaukasus, unweit von Borshom, befinden sich in einer Höhe von über 1000 m mehrere Erholungsheime. Oben blickt man auf das Schneepanorama der Riesen des Kaukasus, unten auf die Wiesen und Felder.

Die Erholungsheime der Versicherungskassen erfreuen sich eines großen Rufes bei den Versicherten. Die Versicherungskassen erhalten von den Versicherten sehr häufig günstige Urteile über das von ihnen Geleistete. Alle Urlauber verlassen die Erholungsheime bedeutend gekräftigt und gesundet.

Die Erholungsheime sind häufig von westeuropäischen Arbeiterdelegationen besucht worden und haben auf diese einen sehr günstigen Eindruck gemacht. So hat z. B. das Mitglied der deutschen Arbeiterdelegation Van der Möllen, der 1926 in der Sowjetunion weilte, erklärt, daß die Erholungsheime der Sowjetunion ein Gefühl des Stolzes bei jedem Arbeiter hervorrufen. Auch der Engländer Lansbury hat sich ähnlich hierüber geäußert.

Einen Platz im Erholungsheim kann jeder Versicherte erhalten. Marschrouten in die Erholungsheime werden proportionaliter auf die Gewerkschaftsverbände verteilt, die ihre Arbeiter und Angestellten vor eine Auswahlkommission der Versicherungskassen stellen. Das Hauptprinzip bei der Auswahltätigkeit ist die Berücksichtigung der materiellen Lage des Arbeiters oder Angestellten. Physische Arbeiter erhalten ungefähr 80% aller Plätze in den Erholungsheimen, auf die Angestellten entfallen die übrigen 20%.

Die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem Erholungsheime dieser Art für Arbeiter und Angestellte vorhanden sind. In keinem Lande hat der Werktätige die Möglichkeit, kostenlosen Aufenthalt und Unterhalt zu seiner Erholung zu erhalten. Es ist dies nur deshalb möglich geworden, weil das ganze System der Verwaltung des Landes, insbesondere die Verwaltung der sozialen Fürsorge, in den Händen der Werktätigen liegt.

B. Miljutin.

Der Kampf um die Volksgesundheit.

Beispiele aus den Arbeiten des sächsischen Landtags.

Von Paul Böttcher, Leipzig, M. d. L.

Wir veröffentlichen gern den nachstehenden Aufsatz über die sozialhygienischen Beschlüsse des sächsischen Landtags aus der Feder des Gen. Böttcher, des Führers der kommunistischen Landtagsfraktion. Sehr willkommen sind uns natürlich Berichte der sozialistischen Fraktionen aus anderen Länderparlamenten, soweit die Sozialhygiene in Betracht kommt. Die Red.

I.

Der Kampf um die Volksgesundheit rückt immer mehr in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Seuchenbekämpfung, Sozial- und Gewerbehygiene sowie vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung von Infektionskrankheiten in Verbindung mit der ständig sich ausdehnenden Arbeitersport- und Volksgesundheitsbewegung sind heute in einer Weise Gegenstand der Parlaments- und Presseerörterungen, wie das vor wenigen Jahren sich noch niemand träumen ließ. Je stärker das Ringen der Arbeiterklasse um die Erhaltung und Förderung ihrer Gesundheit, desto hartnäckiger wird auch der Widerstand, der vom kapitalistischen Staat diesen Forderungen entgegengestellt wird. Die Verhandlungen der Reichs-, Landes- und Gemeindeparlamente bieten einen guten Anschauungsunterricht auf diesem Gebiete. Dabei ist feststehend, daß die öffentliche Gesundheitspflege in Deutschland — was ihren sozialen Ausbau betrifft — in den allerersten Anfängen steht. Das große Gebiet der sozialen Hygiene ist bisher fast überhaupt nur theoretisch in Angriff genommen worden. Mit viel Lärm ist in den letzten Jahren in einzelnen Gemeinden mancher kleine Fortschritt durchgesetzt worden, der im Hinblick auf die allgemeinen Zustände jedoch herzlich wenig bedeutet. Der Kampf um die Volksgesundheit ist deshalb für jeden Marxisten ein integrierender Bestandteil des Klassenkampfes. Er kann erfolgreich nur geführt werden, wenn er sich einschaltet in den großen historischen Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung — kurzum —, wenn er als sozialistischer Kampf geführt wird.

II.

Die Widerstände gegen die Bestrebungen des Proletariats auf dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens lassen sich in drei große Gruppen teilen:

1. das geschlossene organisierte Unternehmertum,
2. Regierungen und Behörden,
3. bürgerliche Aerzteschaft.

Der Widerstand des Unternehmertums ist in den letzten Monaten anläßlich der Diskussion über Einheitsstaat und Verwaltungsreform in fest umrissenen programmatischen Erklärungen zum Ausdruck gebracht worden. (Notprogramm der Industrie und Landwirtschaft, Luther-Noske-Bund etc.) Es wird erklärt, daß der Staat heute mehr und mehr zum Fürsorgestaat sich entwickelt. Deshalb Abbau aller sozialpolitischen Ausgaben und Aufgaben. Die Stellung des Unternehmertums in dieser Frage findet seinen Niederschlag in der Stellung der Regierungen und in präziser Form auch in einer Denkschrift, die der Präsident des sächsischen Staatsrechnungshofes, Schieck, im Auftrage der sächsischen Regierung veröffentlicht hat. Auf die politischen Gründe über die Haltung der Bourgeoisie zur Sozialpolitik braucht hier nicht eingegangen zu werden. Es sei nur darauf verwiesen, daß sie aufs engste zusammenhängen mit den Bestrebungen der Eingliederung Deutschlands in die imperialistische Weltmachtpolitik.

Die kapitalistischen Regierungen sind an die Klasseninteressen der Bourgeoisie gebunden. Wir erleben bei allen Etatberatungen das Schauspiel, daß zwar Millionen für Rüstungszwecke, für Polizei und Justiz sowie für den Machtapparat der bürgerlichen Republik verausgabt werden, aber für die Volksgesundheit nur Bettelpfennige in den Haushaltsplan eingestellt werden. Die feindselige Haltung der Regierungen gegenüber Ausgaben auf dem Gebiete der Volksgesundheit äußert sich teilweise offen, teilweise versteckt. Selbst wenn von den Parlamenten bestimmte Ausgaben beschlossen worden sind, dann wird durch den Behördenapparat derartig passive Resistenz geübt, daß der Wille der in Frage kommenden Parlamentsmehrheiten bei der Ausführung oft in das Gegenteil umschlägt. Charakteristisch für den Zustand ist die Dezentralisation im Behördenapparat auf dem Gebiete des Gesundheitswesens, der sozialen Fürsorge und der Wohlfahrtspflege. Im sächsischen Etat z. B. sind diese Positionen, die sachlich aufs engste zusammengehören, nicht nur in die verschiedensten Kapitel aufgeteilt, sondern unterstehen außerdem der Zuständigkeit der verschiedensten Ministerien. Damit ist der für die Bureaukratie geradezu ideale Zustand erreicht, daß die Verantwortung für die Durchführung von Parlamentsbeschlüssen von einer Stelle auf die andere abgeschoben werden kann.

Die bürgerlich eingestellte Aerzteschaft ist nicht weniger als feindseliger Faktor gegen die soziale Fürsorge und öffentliche Gesundheitspflege sowie Sozialhygiene anzusprechen, wie Unternehmertum und Regierung. Die Verstaatlichung und Kommunalisierung des Gesundheitswesens ist untrennbar mit der Ausdehnung des Aufgabenkreises des-

selben verbunden. Die obengenannten Aerzte sehen durch diese Entwicklung ihre materiellen Interessen, ja ihre Existenz bedroht. Sie wollen nicht verstehen, daß gerade durch die Ausbreitung und Ausdehnung der öffentlichen Gesundheitspflege die Basis des ärztlichen Berufes eine viel breitere wird und daß die materielle Unabhängigkeit des einzelnen infolge der Sozialisierung des Aerztewesens eine viel größere Schaffensfreude und Schaffensmöglichkeit eröffnet.

III.

Die obigen, bei der Behandlung der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge im sächsischen Landtage gesammelten Erfahrungen dürfen zweifellos als allgemeine Erfahrungen gelten. Zwei miteinander verwandte Gebiete sind es, auf denen die kommunistische Fraktion des sächsischen Landtages in den vergangenen Monaten eine systematische Kampagne geführt hat. Es handelt sich erstens um die Durchführung des Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, und zweitens um die Errichtung von Familien-, Ehe- und Sexualberatungsstellen. Bekanntlich überläßt die Reichsgesetzgebung die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen den Landesregierungen. Die Landesregierungen wiederum beauftragen Bezirksverbände und Gemeinden mit der praktischen Durchführung dieser Aufgaben.

Die Ausführungsverordnungen der sächsischen Regierung zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten belassen alles beim alten. Gesundheitsbehörde im Sinne des RGBG. ist nach den Ausführungsverordnungen der sächsischen Regierung die zuständige Behörde des Bezirksfürsorgeverbandes. Praktisch bedeutet das in Sachsen die Ueberlassung der Durchführung des RGBG. an die Landesversicheanstalt Sachsen. Auch die Bestimmungen über die Aufhebung der Prostitution sind in Sachsen nicht durchgeführt worden. Die Kasernierung besteht in Dresden üppig weiter. Für die Prostituierten ist sogar eine besondere Krankenkasse errichtet worden, deren Erträgnisse der Stadtverwaltung zufließen. Auf Umwegen über die Gesundheitsbehörde ist auch die Sittenkontrolle beibehalten worden. Mit formal-juristischem Raffinement wird die Beseitigung der Kasernierung hintertrieben. Die Behörden schieben sich gegenseitig die Zuständigkeit zu. Es ist charakteristisch, daß die sächsische Regierung für die Durchführung des RGBG. keinerlei Mittel bewilligt hat. Demgegenüber forderte die kommunistische Fraktion in einem Antrag die Errichtung einer ausreichenden Anzahl von Beratungsstellen für Geschlechtskranke, denen Behandlungsstellen angegliedert werden sollten. Ferner wird kostenlose Behandlung verlangt sowie Unterstützung der Angehörigen hilfsbedürftiger Kranker. Durch fürsorgerische Maßnahmen

sollte dafür Sorge getragen werden, daß erkrankt gewesenen Frauen und Mädchen Gelegenheit gegeben wird, sich beruflich auszubilden. Die Aufhebung der skandalösen Bestimmung, daß durch die Behörden eine Rückforderung der Kosten für Behandlung eingetrieben werden kann, wurde gleichfalls beantragt. Die kommunistischen Anträge verfielen samt und sonders der Ablehnung. Die Tendenz bei der Regierung und den bürgerlichen Parteien ging dahin, alles beim bisherigen Zustand zu belassen und das Gesetz als reaktionäres Klassengesetz im vollen Umfange zur Geltung zu bringen.

Eine noch breitere Erörterung als im Anschluß an die kommunistischen Anträge zur Durchführung des RGBG. erfolgte bei der Beratung der Anträge auf Errichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen. Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hatte Ende 1927 eine Denkschrift über Ehe- und Sexualberatung herausgebracht. In dieser Denkschrift waren gleichzeitig die Richtlinien der sächsischen Regierung über die Errichtung und Aufgaben der Ehe- und Sexualberatungsstellen enthalten. Die Denkschrift der Regierung ist in manchen Teilen von großem Interesse. Leider verbietet der Raum im Rahmen dieses Aufsatzes, im einzelnen auf die Denkschrift einzugehen. Erwähnt sei nur, daß die Denkschrift feststellen muß, daß infolge des wesentlichen Frauenüberschusses die Heiratsaussichten ebenso geringer geworden sind, wie die Absichten einer Bindung durch die Ehe. Die Folge davon sei eine gewisse Umstellung im Geschlechtsleben und die Zunahme des außerehelichen Geschlechtsverkehrs. Daraus ergibt sich die stärkere Zunahme der außerehelichen Geburten und der Rückgang der Geburten überhaupt. Die Denkschrift enthält zwar starke soziale Argumente, aber in den Richtlinien der sächsischen Regierung fehlen die Schlußfolgerungen aus der sozialen Einsicht. Aus den Richtlinien ist ersichtlich, daß die sächsische Regierung die Frage der Ehe- und Sexualberatung mehr vom eugenischen Gesichtspunkt aus behandelt. Besonders charakteristisch ist die Forderung, daß die Beratung in Verbindung mit Schule und Kirche durchgeführt werden soll. Gegenüber dieser vom bürgerlichen Standpunkt diktierten Einstellung zur Ehe- und Sexualberatung stellte die kommunistische Fraktion folgende Forderungen:

1. zum Schutze der Frauen diese zu belehren über die Mittel zur Schwangerschaftsverhütung;
2. empfängnisverhütende Mittel zu geben oder Maßnahmen zur Verhütung der Empfängnis auszuführen oder zu veranlassen;
3. ihnen die Wege zu zeigen, auf denen eine ungewollte Schwangerschaft aus gesundheitlichen oder sozialen Gründen unterbrochen werden kann;
4. auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und andere Schädigungen der Geschlechtsorgane hinzuweisen;

5. Sexualberatung, d. h. Beratung über Fragen des normalen und krankhaften Geschlechtstriebes und Geschlechtsverkehrs zu erteilen;
6. Personen, welche ein Eheverhältnis eingehen wollen, auf ihren Gesundheitszustand und auch evtl. vorhandene Erbschädigungen zu untersuchen, zu beraten und auf Verlangen Zeugnisse darüber auszustellen;
7. der Rechtskundige hat bei der Sexualberatung den Ratsuchenden über die rechtlichen Angelegenheiten des Sexuallebens Rat und Hilfe zu erteilen, bei dem Frauenschutz die Frau über die rechtliche Seite der Empfängnisverhütung, Schwangerschaftsunterbrechung, Alimentationspflichten, bei der Eheberatung über die rechtlichen Angelegenheiten der Eheschließung und Ehescheidung Rat und Hilfe zu gewähren;
8. die fürsorgerische Aufgabe, welche durch den in Fürsorge gebildeten Arzt und eine Fürsorgerin ausgeübt werden muß, hat alle wirtschaftlichen und fürsorgerischen Maßnahmen zum Schutze der Frauen, besonders aber der jugendlichen Männer und Frauen durchzuführen und bei Ehekonflikten und Ehescheidungen alles in fürsorgerischer Hinsicht Notwendige zu veranlassen;
9. die Beratung und Behandlung in den Beratungsstellen für Frauenschutz, Sexual- und Eheangelegenheiten ist kostenlos;
10. das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wird beauftragt, an die Ehe- und Sexualberatungsstellen sowie für sämtliche Ärzte Richtlinien herauszugeben, die bestimmen, unter welchen Bedingungen eine Frühgeburt einzuleiten ist, falls die sozialen Verhältnisse es verlangen.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen interessiert die Stellungnahme einer bürgerlich-medizinischen Kapazität. In einer Sitzung des Fachausschusses für Mutterschutz, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, einberufen vom sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium präzisierte Prof. Dr. med. Galewsky (Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten) seinen Standpunkt zur Ehe- und Sexualberatung. Er ging von folgenden Voraussetzungen aus. Erstens steht fest, daß in Deutschland jährlich 500 000 bis 600 000 Abtreibungen vorgenommen werden und daß ungefähr 5000 bis 6000 Frauen an den Folgen dahinsterben. Zweitens wird der Staat nicht in der Lage sein, in absehbarer Zeit die Mittel für die Erziehung aller unehelichen Kinder und vieler ehelicher, deren Eltern in Not sind, bereitzustellen. Drittens haftet den unehelichen Kindern leider immer noch eine gewisse Schande an. Je gewissenhafter ein Arzt sei, desto größer wird seine Gewissensnot, wenn er Frauen helfen möchte und es nicht darf. Galewsky fordert deshalb, daß in den Eheberatungsstellen Präventivmittel verabreicht werden können und daß die Möglichkeit gegeben wird, aus bestimmten Ursachen die Einleitung einer Frühgeburt vorzunehmen. Die Aerzte müßten sich wohl oder übel aus bestimmten sozialen Gründen dazu verstehen, bei einer Frau die Einleitung einer Frühgeburt vorzunehmen. Wörtlich erklärte Galewsky: „Wir Aerzte wären sehr dankbar, wenn in dieser Beziehung vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium aus Direktiven gegeben werden, unter welchen Bedingungen wir in der Lage sind, eine Frühgeburt einzuleiten, falls die sozialen Verhältnisse es verlangen.

Die bürgerlichen Parteien wandten sich in mehr oder we-

niger versteckter Form selbst gegen die unzureichenden Richtlinien, die von der sächsischen Regierung herausgebracht wurden. Die kommunistischen Anträge verfielen unter diesen Umständen natürlich der Ablehnung. Es ist klar, daß sich die Arbeiterschaft nicht begnügen kann mit dem, was ihr die Bourgeoisie als Konzession auf diesem Gebiete wohlwollend gewährt. Der Kampf muß weitergeführt werden. In diesem Kampfe müssen die Sportorganisationen und Fürsorgeverbände der Arbeiterklasse aufs engste mit dem beständig anwachsenden Personal der Sozialhygiene, Gewerbeaufsicht und Wohlfahrtspflege sowie mit der sozialistischen Aerzteschaft zusammenarbeiten.

Die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1926.

Die vom Reichsministerium des Innern veröffentlichte amtliche Denkschrift enthält wichtiges statistisches Material, von dem wir im folgenden einiges wiedergeben. Bevölkerungsbewegung: Die rückläufige Tendenz der Bevölkerungsbewegung macht weitere Fortschritte und wird aufgehalten lediglich durch die mit der Geburtenziffer ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße, sinkende Sterblichkeit. Die Zahl der Lebendgeborenen sank von 1925 auf 1926 von 20,7 auf 19,5 auf 1000 der mittleren Bevölkerung; der Geburtenüberschuß ging von 8,9 im Jahre 1925 auf 7,8 auf 1000 im Jahre 1926 zurück. Der Geburtenrückgang setzt neuerdings besonders stark in den Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern ein, ein Beweis, daß es sich nicht um eine Erscheinung der „Großstadtunmoral" handelt, sondern um ökonomisch bedingte Vorgänge. Von einer Erkenntnis in diese Zusammenhänge findet man naturgemäß keine Andeutungen in der Keudellschen Denkschrift. — Im Jahre 1927 ist ein weiterer Rückgang zu verzeichnen; die Geburtenziffer beträgt nunmehr etwa 19 auf 1000. Neben Berlin weisen in diesem Jahre bereits andere Großstädte einen Geburtenunterschuß auf. (Nach Mitteilungen des Volkswohlfahrtsministers im Preuß. Landtag.) — Hingegen ist die Abnahme der Sterblichkeit von 1925 auf 1926 nur eine geringe gewesen: von 11,9 auf 11,7 auf 1000, während für 1927 ein nicht unerhebliches Ansteigen der Sterbeziffer mitgeteilt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die derzeitige Tendenz der Bevölkerungsbewegung sich in den kommenden Jahren weiterhin geltend machen wird, ein Beweis für die Ausweglosigkeit, in der sich die Bevölkerungspolitik des kapitalistischen Deutschland befindet. — Der amtliche Bericht weist selbst auf das

starke Ansteigen der Geburtenziffer der russischen Länder hin; die Geburtenziffer der Ukraine betrug 1926 über 42 auf 1000; die absolute Geburtenziffer der nur 28 Millionen Einwohner zählenden Ukraine war mit 1,19 Millionen fast ebenso groß wie die deutsche! —

Erkrankungs- und Sterbehäufigkeit nach einzelnen Krankheiten. Der Krankenbestand der Krankenkassen ist gegenüber 1925 gesunken; dagegen hat sich die durchschnittliche Behandlungsdauer des einzelnen Krankheitsfalles von 24,6 auf 26,1 Tage verlängert. — Von den Infektionskrankheiten hat am stärksten der Scharlach zugenommen, die Zunahme hat sich 1927 fortgesetzt — nicht dagegen Diphtherie und Typhus, trotz der Hannoverschen Epidemie, die über 2500 Erkrankungen und 260 Sterbefälle verursachte. Erheblich angestiegen ist ferner die Zahl der Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung: 1927 2700 Erkrankungen mit 300 Todesfällen! Bemerkenswert ist die große Zahl der Milzbranderkrankungen: 105 Fälle 1926; 205 Fälle 1927; ein Beweis für den ungenügenden gewerbehygienischen Schutz in der Felle und Haare verarbeitenden Industrie! Die Tuberkulosesterbeziffer ist weiter gesunken und betrug in den Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern 1926 9,9 auf 10 000 Einwohner. Bei dem chronischen Ablauf der Tbc ist aber ein erneutes Ansteigen in 5—10 Jahren, dann, wenn die schwächsten Jahrgänge der Kriegs- und Inflationszeit in das gefährdetste Alter aufrücken, zu erwarten. — Auf Grund einer Statistik der Geschlechtskrankenberatungsstellen wird eine Abnahme der frischen Syphiliserkrankungen, dagegen aber eine Zunahme der frischen Tripperfälle festgestellt. Bekanntlich ist die Geschlechtskrankenstatistik besonders lückenhaft; neuerdings werden Stimmen auch von fachärztlicher Seite laut, die ein erneutes Ansteigen der Syphiliserkrankungen behaupten. — Aus dem Kapitel Krankheits- und Todesursachenstatistik verdient noch besondere Erwähnung die Zunahme der Selbstmorde. In den Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnern betrug die Zahl der Selbstmorde auf 10 000 Einwohner: 1925 2,6, 1926 2,8! Sogar der Bericht des Herrn von Keudell muß die Vermehrung der Arbeitslosigkeit für diese Zunahme verantwortlich machen, ohne natürlich ein Wort der Kritik zu verlieren über eine „Arbeitslosenfürsorge“, die den Erwerbslosen in zunehmendem Maße nur den Freitod als Ausweg offen läßt!

Aus den übrigen Abschnitten der Denkschrift können aus Raummangel nur wenige Angaben wiedergegeben werden. Der Alkoholkonsum, und zwar ganz besonders der des Branntweins hat weiter zugenommen. Der Trinkbranntweinverbrauch, berechnet auf 100%igen Alkohol, betrug auf den Kopf der Bevölkerung:

1923/24 . . .	0,6 Liter
1924/25 . . .	1,0 „
1925/26 . . .	1,1 „
1926/27 . . .	1,34 „

Der Verbrauch an Rauchwaren stieg gleichfalls erheblich. Er betrug im Steuerjahr 1926/27 ungefähr: 6 Milliarden Zigarren und 30 Milliarden Zigaretten, eine ungeheuerliche Zahl! — Der Verbrauch an Brotgetreide ist erheblich geringer als vor dem Kriege; mit Bedauern vermerkt der Minister, daß die von agrarischer Seite eingeleitete Roggenbrotpropaganda bisher fast ohne Erfolg gewesen ist. Auch der Fleischverbrauch ist noch geringer als in der Vorkriegszeit (etwa 93% des Verbrauchs von 1913), ein gleiches gilt für den Milch- und Eierkonsum. Von den Hauptnahrungsmitteln hat allein der Zuckerverbrauch die Höhe des Vorkriegskonsums überschritten. Insgesamt muß auch der amtliche Bericht einen Minderkonsum an Nahrungsmitteln gegenüber der Vorkriegszeit feststellen.

Bezüglich der Zustände auf dem Gebiete des Wohnungswesens muß die Denkschrift alles bestätigen, was an Kritik von sozialistischer Seite immer wieder ausgeführt worden ist. Bis zu 20% und mehr der Wohnungen in deutschen Großstädten sind überfüllt. „Auch wenn die Bautätigkeit sich auf der Höhe des Jahres 1926 halten sollte, so würde die schon vorhandene Wohnungsnot kaum behoben werden, da nach eingehenden Berechnungen des Statistischen Reichsamts der Reinzugang an Ehen in den nächsten zehn Jahren jährlich über 200 000 betragen wird. Im Berichtsjahr war der Zugang an Neu-Wohnungssuchenden in Berlin um rund 10 000 größer als die vermittelten Wohnungen.“

Wenn die Denkschrift zusammenfassend den gegenwärtigen Gesundheitszustand als „im allgemeinen befriedigend“ bezeichnet, so kann kein Arzt dem zustimmen. Der sozialistische Arzt kann aus den Angaben im Gegenteil nur entnehmen, daß die herrschende Klasse in Deutschland nicht in der Lage ist, die gesundheitlichen Schäden, die die kapitalistische Wirtschaft verursacht, in größerem Umfange zu beheben.

Benjamin.

Ausgehzeit von . . . bis . . . Wie lange noch?

Von Franz Karlewitz, Berlin.

Der hier folgende Artikel stammt von einem Genossen, der von Beruf Dreher und Metallarbeiter ist und der die Empfindungen zahlreicher Berufskollegen ausdrücken will. Wir bringen den Beitrag um so eher unverändert zum Abdruck, weil der Verfasser ständig einer Krankenkasse angehört. Die Red.

Erfahrungen aus den Betrieben zwingen mich, zu einer Frage Stellung zu nehmen, die das Verhältnis der Kranken-

kasse zu ihren Mitgliedern und Aerzten berührt. Es handelt sich um die „Ausgehzeit" des Kranken, Arbeitsunfähigen oder Erholungsbedürftigen. Es ist eine scheinbar belanglose Frage, hinter der sich jedoch für die zahlenden Genossen und Genossinnen soviel Unwürdiges verbirgt, daß es an der Zeit ist, diese Dinge richtig zu beleuchten.

Bekanntlich enthält jeder dem Krankenkassenmitglied ausgehändigte Krankenschein die Rubrik: „Ausgehzeit von ... bis ... Uhr". Das bedeutet: In dieser Zeit hast du, zahlendes Mitglied der Krankenkasse, die Erlaubnis, dich außerhalb deiner Wohnung zu bewegen. Wie beim Kommiß, wirst du kontrolliert, ob du nicht etwa zwei Minuten länger fortbleibst — was z. B. bei einer Handverwundung sicher kein Grund zur Verschlimmerung wäre, denn in diesem Falle ist man ja nicht schlechthin krank, sondern nur berufsunfähig. Es liegt also keinerlei Veranlassung vor, die Ausgehzeit irgendwie beschneiden zu wollen. Jeder Arbeiter ist schon durch den Lohnausfall gezwungen, so schnell wie möglich seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Aber auch in jedem anderen Fall muß die vorgeschriebene Ausgehzeit als Eingriff in die persönlichen Rechte des einzelnen empfunden werden. Wie kommt ausgerechnet die Krankenkasse dazu, Arbeitern, Menschen, welche die Produktion tragen, die mit Verantwortungsbewußtsein ausgestattet, den Kampf gegen Ausbeutung und Unternehmertum führen, das Recht auf persönliche Freiheit zu beschränken — noch dazu in einer Zeit, wo sie krank sind, d. h. die freien Stunden dringender denn je gebrauchen?

Es ist bedauerlich, daß sich auch sozialistische Aerzte dazu hergeben (m ü s s e n !), die Ausgehzeitrubrik mit genauen Zeitangaben zu versehen. Ich habe jedesmal — wenn ein Arzt im Krankheitsfall diese Rubrik ausfüllte — das Empfinden gehabt, daß ich damit keinen ärztlichen Rat bekam, sondern daß der Arzt eine gehorsame Handlung im Sinne eines angestellten Untergebenen der übergeordneten Klasse beging — eine Handlung, die mit der Stellung des Arztes auf keinen Fall zu vereinbaren ist. Der Arzt hat die Pflicht, den Patienten nach bestem Wissen und Gewissen zu behandeln und in seiner Lebensführung zu beraten und wird durch das Verhalten der Krankenkassen (also durch einen Dritten) zu einer Handlung gezwungen, welche direkt in die Behandlung des Patienten eingreift, sie in vielen Fällen behindern muß, z. B. bei Anämie.

Ich verlange heute von einem Arzt, der die werktätige Arbeiterbevölkerung behandelt, daß er weiß, daß ein großer Teil von Krankheitserscheinungen und Unfällen der ungehemmten Ausbeutung des Körpers durch Arbeit und Arbeitsräume, durch den Aufenthalt in der Betriebsatmosphäre zur Last fallen. Dazu kommt das drückende Moment der see-

lischen Beeinflussung durch die wirtschaftliche Abhängigkeit. Diese Momente sind von dem Leben des Arbeiters nicht zu trennen und selbstverständlich auch von keinem Krankheitsbild. Beseitigt man wenigstens zeitweilig diese Momente, so wird jede Heilung dadurch eine Förderung erfahren. Zugegeben, daß von einem Arzt diese Momente nicht vollkommen genommen werden können, so ist zu berücksichtigen, daß im Fall der Freiheitsbeschränkung und Bevormundung eine Verschlimmerung des seelischen Befindens eintreten muß. Man denke sich einen kranken Menschen in eine Mietskasernenwohnung eingezwängt — blaß und blutarm! Ausgerechnet in der Ausgehzeit regnet es, oder der Himmel ist bewölkt . . . Aber nachdem, da scheint die Sonne, welche der Kranke zur Heilung so nötig gebraucht. Nichts zu wollen — der Bürokratismus regiert — zuhause geblieben, oder das Krankengeld wird entzogen.

Ein weiterer Mißstand ist es, daß der Krankenbesucher (medizinisch ein Laie) zu jeder Zeit in die Wohnung hineinzulassen ist, und der Kranke laut Krankenkassenstatut verpflichtet ist, alle Fragen des Krankenkassenbesuchers, die irgendwie mit der Krankheit Berührung haben, zu beantworten. Ist das nicht wiederum ein Hineinpfuschen in das ärztliche Handwerk?

Wie lange wollen sich verantwortungsbewußte Aerzte diese Tatsachen noch gefallen lassen?

Wie lange wollen sich denkende Arbeiter so zwingen lassen?

Noch einige Worte vom Standpunkt der Arbeiterschaft dazu: In welcher Richtung bewegen sich hier die Krankenkassen? Bestimmt nicht auf den Wegen, die soziale Einrichtungen nach demokratischem Prinzip innerhalb einer nach körperlicher und geistiger Freiheit ringenden Arbeiterschaft zu gehen haben. Man schafft keine verantwortungsbewußten Menschen durch Verbieten, Bewachen und Bestrafen. Man kann nur helfen, wenn man Verantwortung in körperlicher und geistiger Beziehung selbst tragen läßt. Wenn die Geldmittel und Energien, die heute für die Krankenbewachung der „von . . . bis . . .-Grenze auf dem Krankenschein“ und der sich daraus ergebenden Konflikte aufgewandt werden, für die Erziehung zur verantwortlichen Leibespflege auf vorbeugender Art angewandt werden könnten, würde für die Gesundung ein weit größerer Vorteil erzielt werden können.

Rundschau.

Der sozialistische Arzt und der Kampf gegen den Alkoholismus.

Der in erschreckendem Maße in Deutschland verbreitete Alkoholismus führt durch die Zerrüttung der körperlichen

und geistigen Gesundheit und durch die Verschlechterung der sozialen Lage weitester Kreise der Bevölkerung, besonders für die proletarischen Schichten die schwersten Gefahren herauf. Daher ist es die Aufgabe aller verantwortungsbewußten Sozialisten, ihre Stimme zu erheben und sich tatkräftig für eine Abwehr der ständig wachsenden Alkoholschäden einzusetzen.

Als sozialistische Aerzte haben wir die Pflicht, in vorderster Linie diesen Kampf zu führen. Wir müssen nicht nur Aufklärung über die Alkoholwirkungen verbreiten, sondern vor allem durch das Beispiel der abstinenten Lebensführung den Alkoholaberglauben und die Macht der Trinksitten erschüttern. Wir bestreiten nicht, daß der gelegentliche, wirklich mäßige Alkoholgenuß vielen Menschen nicht nachteilig ist. Aber wir wissen nur zu gut, daß ungezählte Volksgenossen gerade durch das Vorbild der „Mäßigen" sich an alkoholische Getränke gewöhnen und schließlich schweren Schaden davontragen.

Wir sind uns besonders darüber klar, daß der heute bei den Massen übliche Alkoholgenuß die geistigen Energien schwächt, die für den Klassenkampf erforderlich sind, daß er viele Proletarier daran hindert, ihr Elend zu erkennen und es durch unermüdlichen, zähen politischen und gewerkschaftlichen Kampf zu beseitigen.

Wir fordern daher unsere Kollegen und Genossen auf, die alkoholgegnerischen Bestrebungen mit Wort und Tat zu unterstützen und dem Arbeiter-Abstinenten-Bund, der Organisation der sozialistischen Alkoholgegner (Berlin SO 16), sich anzuschließen.

Drucker, Hodann, Juliusburger, Littwitz, Rosenthal, Turnau.

Die Mißstände im Charlottenburger Gesundheitswesen.

In der letzten Zeit mußte sich die Oeffentlichkeit, sowohl die Tagespresse wie auch die Bezirksversammlung, wiederholt mit sehr bedauerlichen Vorgängen in dieser großen westlichen Kommune Groß-Berlins beschäftigen. Im Februar d. J. ereigneten sich Unruhen im Krankenhause Kirchstraße. 20 Personen verweigerten das Abendessen, das aus schlechten Pellkartoffeln und Hering bestand. Ein solches Essen für Geschlechtskranke ist an sich zu beanstanden, umso mehr, wenn es in schlechtem Zustande war. Auch die sonstigen Einrichtungen wie Waschgelegenheit, Bibliothek etc. fordern berechtigte Kritik heraus.

Sehr viel schlimmer steht es mit den Vorgängen in der Scharlachbaracke des Krankenhauses Westend, wo willkürlich unsoziale Aerzte und reaktionäres Kranken-

personal ihr Unwesen treiben. Wegen eines vom Zaun gebrochenen Streites mit besuchenden Angehörigen werden zwei Scharlachkranke, die ihrer Umgebung gefährlich werden können, am Abend bei Regenwetter auf die Straße gesetzt. Das geschieht — die gut preußische Disziplin will es dort so — trotz enger Wohnungsverhältnisse und trotz gefährdeter Kinder, ohne das vorgesehene Reinigungsbad und ohne Desinfizierung der Kleider, obwohl die Körper der Patienten dicht mit Schuppen bedeckt sind. Bis jetzt haben die zuständigen Instanzen noch nicht erkennen lassen, obwohl die Tatsachen nicht in Zweifel zu ziehen sind, daß die schuldigen Aerzte und Schwestern rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden. Darf durch einen solchen gefährlichen Willkürakt das Gesundheitswesen in Groß-Berlin, das vorbildlich sein soll, diskreditiert werden? Werden das Bezirksamt, sein Dezernent Prof. Oettinger und das Hauptgesundheitsamt als höchste Seuchenschutzbehörde endlich zu diesen Mißständen die einzig mögliche Stellung nehmen? F.

Der Kampf gegen den § 144 in Oesterreich.

Eine öffentliche Diskussion über die barbarische Bestrafung der Fruchtabtreibung veranstaltete die Liga für Menschenrechte in Wien. Unter dem Vorsitz von Rudolf Goldscheid sprach sich als erster Referent, der Präsident des Landgerichts Dr. Altmann für eine Reform der Gesetzgebung aus, da der § 144 zweifellos zu hart sei. Viel schärfer äußerte sich nach ihm Gen. Prof. Jul. Tandler, der ausführte:

„Früher hat man die Volksvermehrung vor allem gefordert, weil man möglichst viele patentierte Mörder — Soldaten — brauchte. Heute, da nahezu fünf Prozent unseres Volkes arbeitslos sind, müssen wir froh sein, daß die Zahl der Geburten sinkt. Bei der eugenischen Indikation kann man heute schon in vielen Fällen fast mit Sicherheit feststellen, ob das zu erwartende Kind erblich belastet sein wird oder nicht. Da die Zahl der Fälle, die in Frage stehen, doch sehr gering sein wird, ist es unverständlich, daß sich unsere Christlich-Sozialen gegen eine Änderung des Strafgesetzes nach dieser Richtung hin wehren. Nur einen Fall von vielen aus meiner Praxis: Eine seit Jahren geisteskranke Person wurde von einem Geisteskranken geschwängert. Ich versuchte an den verschiedensten Stellen eine Abtreibung durchzusetzen; sie wurde überall abgelehnt. (Empörung bei der Versammlung). Sie hat geboren und die Zahl der Insassen von Steinhof wurde um einen vermehrt. Um die Wichtigkeit der sozialen Indikation zu beleuchten, will ich Ihnen sagen, daß unlängst eine Frau zu mir kam, die sechzehn Kinder hat. Kann man von ihr verlangen, daß sie noch ein siebzehntes und achtzehntes gebärt? Gewiß nicht. Und überhaupt ist es heute so, daß die Abtreibung, wie jeder weiß, doch eine Finanzangelegenheit ist. Und das vor allem soll in Zukunft anders werden."

Als letzter Redner sprach Universitätsprofessor Türkel, der vor allem auf den viel zu wenig beachteten Entwurf des Strafgesetzes in der Tschechoslowakei hinwies. Nach ihm ist die Abtreibung straflos in folgenden Fällen:

1. Um einen schweren Schaden der Schwangeren abzuwenden.
2. Wenn die Schwangere geisteskrank ist.
3. Wenn die Schwangerschaft durch Notzucht oder durch strafbaren Mißbrauch eines Mädchens unter sechzehn Jahren zustande gekommen ist.
4. Wenn die Befürchtung begründet ist, daß das zu erwartende Kind körperlich oder geistig schwer belastet sein wird.
5. Wenn die Schwangere bereits drei Kinder hat oder mindestens fünfmal geboren hat, wenn die sozialen Verhältnisse eine weitere Geburt als untunlich erscheinen lassen.

Für die Zusammenarbeit mit den Arbeiter-Samaritern!

Der V. S. Ae. findet erfreulicherweise in seiner Aufklärungsarbeit immer größeres Verständnis bei zahlreichen proletarischen Organisationen aller Richtungen, die ein Zusammenwirken als nützlich für die Arbeiterklasse empfinden. Diese Zusammenarbeit ist auch vorhanden zwischen den sozialistischen Aerzten und etlichen Ortsgruppen des Arbeiter-Samariterbundes in Berlin und im Reiche. Nur den oberen Instanzen des A. S. B., die sich offenbar mehr zu den bürgerlichen Aerzten hingezogen fühlen, scheint das nötige Verständnis zu fehlen. Denn der Berliner Vorstand hat es in diesen Tagen fertig bekommen, unserem Vorstandsmitglied Franz Rosenthal, der sich bei den Mitgliedern des A. S. B. als Vortragender großer Beliebtheit erfreut und dessen sachliche Arbeit über jeden Zweifel erhaben ist, ebenso wie einigen anderen Kollegen die Aufnahme in den A. S. B. ohne Gründe zu verweigern. Ebenso hat man kürzlich unseren Leipziger Genossen Dr. Soloweetschick ausgeschlossen. Dazu teilt uns die Abteilung Süd-West der Kolonne Leipzig (gez.: W. Zimmermann) mit:

„In den Ausschlußgründen fiel der Abt. Süd-West ganz besonders auf, daß es dort heißt: Dr. Soloweetschik habe in Chemnitz in einer Versammlung der sächsischen sozialistischen Ärzte die Angelegenheit der Kolonne Leipzig zur Sprache gebracht. Er habe keine Berechtigung gehabt, über Samariter-Angelegenheiten in dieser Versammlung zu sprechen, denn der Verein Sozialistischer Ärzte habe mit dem Arbeiter-Samariterbund nicht das allergeringste zu tun."

Diese Stellungnahme der Bundesleitung als Oberhaupt des A S B. spricht jedem proletarischen Empfinden Hohn und will einen großen Abgrund zwischen den proletarisch eingestellten Ärzten und der breiten Masse des Proletariats konstruieren. Die Abt. Süd-West der Kolonne Leipzig mißbilligt dieses Verhalten des Bundesvorstandes im ASB und spricht dem Verein Soz. Ärzte ihr volles Vertrauen aus. Sie ersucht die gesamte Mitgliedschaft des VSÄ, die Stellungnahme des Bundesvorstandes abzulehnen und ihre Mitarbeit im ASB nicht aufzugeben, sondern mit den Mitgliedern weiterzuarbeiten im Interesse des ASB und des gesamten werktätigen Volkes."

Diese uns selbstverständliche Einstellung der Samaritergenossen wird zweifellos die ungeteilte Zustimmung der sozialistischen Aerzte finden, die die gemeinsame Tätigkeit für gut und notwendig ansehen. Sache der Arbeiter-Samariter wird es

überall sein, innerhalb ihrer Organisation zu den befremdlichen Maßnahmen ihres Vorstands Stellung zu nehmen und eine der Sache des Proletariats schädliche Spaltungspolitik unmöglich zu machen. E. F.

Sozialhygienische Ausbildung der Aerzte.

Im „Soz. Arzt" (II. Jahrg. Nr. 4 u. III. Jahrg. Nr. 1/2) haben die Gen. Prof. Grotjahn, Hanauer, Hodann und Riese auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Studenten der Medizin und die jungen Aerzte in der sozialen Hygiene auszubilden, die Beziehungen von Krankheit zur sozialen Lage, vor allem auch zur gewerblichen Arbeit zu berücksichtigen. In gleichem Sinne haben kürzlich die drei großen Gewerkschaftsverbände eine Eingabe an die Parlamente gerichtet und den Antrag gestellt, daß

1. an jeder Universität neben dem Lehrstuhle für Hygiene auch ein Ordinariat für soziale Hygiene geschaffen würde;

2. diese Lehrstellen mit einem Seminar, einer Bibliothek und Assistentenstelle ausgerüstet würden;

3. auf das Reichsinnenministerium, in dem augenblicklich an einer Aenderung der Prüfungsordnung für Aerzte gearbeitet wird, in der Richtung eingewirkt würde, daß für die ärztliche Abschlußprüfung die soziale Hygiene als Prüfungsfach eingeführt und diese Disziplin als Pflichtkolleg zu hören gefordert wird. F.

Der deutsche Sozialetat.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem 5. Ausschuß des Reichstages bei der Haushaltsberatung für das Rechnungsjahr 1928 einen Bericht über seine Tätigkeit im Vorjahre vorgelegt. Über den Sozialetat wird folgendes ausgeführt:

„Während die deutsche Sozialversicherung nach Weltgeltung strebt, wird im Innern ihr Ansehen durch das Schlagwort von der „sozialen Last" gefährdet. Das Schlagwort zeigt nur die Schattenseite der Sozialversicherung — den Beitrag — und übersieht die Lichtseite — die Leistungen für die Kranken und Verletzten, die Berufs- und Erwerbsunfähigen, die Mütter und die Hinterbliebenen —. Das Wort macht aus einem kostbaren Aktivum ein lästiges Passivum und bietet so eine bequeme Formel für die Gegner der Versicherungseinrichtung. Die besondere Gefahr liegt darin, daß das Schlagwort schon internationale Kreise zieht.

Der Behauptung, die Sozialversicherung koste der deutschen Wirtschaft jährlich 5 Milliarden RM. und mehr, steht das Ergebnis der amtlichen Zählung entgegen. Die Reichsversicherung hat im Jahre 1927 an Beiträgen und Umlagen 3,2 Milliarden RM. aufgebracht; 1913: 1,3 Milliarden Mark; 1924: 1,9; 1925: 2,5 und 1926: 2,9 Milliarden RM. Dazu kommt der Reichszuschuß von 302 Millionen RM. für die Familienwochenhilfe und die Invalidenversicherung (1913; 59 Millionen Mark); 1924: 105; 1925: 183 und 1926: 248 Millionen Reichsmark. Die Arbeitslosenversicherung ist in die Übersicht nicht aufgenommen, sie besteht erst seit dem 1. Oktober 1927; ihre Vorläuferin, die Erwerbslosenfürsorge, war keine Versicherung und ging vor dem Kriege so-

gar in der allgemeinen Fürsorge der Länder und Gemeinden auf. Aus dem starken Unterschiede zwischen 1913 und 1927 allein kann kein Schluß auf ein Übermaß in der heutigen Versicherung hergeleitet werden. Dazwischen liegen nicht bloß 14 Kalenderjahre, sondern zugleich der Weltkrieg und der Währungsverfall mit der für die Volkskraft und das Volksvermögen vernichtenden Wirkung."

Weltliga für Sozialreform.

Von den drei Senioren der Sexualwissenschaft, August Forel (Schweiz), Havelock Ellis (London), Magnus Hirschfeld (Berlin), ist in Verbindung mit Victor Margueritte (Paris), Margaret Sanger (Newyork), H. Lundborg (Upsala), R. Goldscheid und K. Kautsky (Wien), Bechterew (†) (Leningrad), Batkis (Moskau), J. H. Leunbach (Kopenhagen) und vielen anderen bekannten Forschern und Förderern der Sexualwissenschaft eine „Weltliga für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage" gegründet worden, die dahin wirken will, daß in allen Ländern der Welt aus den Forschungsergebnissen der Sexualwissenschaft die praktischen Folgerungen für die Beurteilung und Neugestaltung des menschlichen Geschlechts- und Liebesleben gezogen werden. Insbesondere umfaßt das Programm folgende 10 Punkte: 1. Ehereform, 2. die völlige Gleichberechtigung beider Geschlechter, 3. die Frage verantwortungsvoller Geburtenregelung, 4. die Verbesserung des Menschengeschlechts nach eugenischen Gesichspunktten, 5. das Unehelichkeitsproblem, 6. die Eheuntauglichkeit, 7. die Bekämpfung der Prostitution und Geschlechtskrankheiten, 8. die richtige Beurteilung sexueller Triebabweichungen, 9. das Sexualstrafrecht, 10. die Sexualerziehung. Ein von der Weltliga einberufener Kongreß findet im Juni d. J. unter Vorsitz des dänischen Ministers Steinke in Kopenhagen statt. Mitglied kann jeder werden, der sich mit Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage beschäftigt, sowie auch alle, welche die Ziele der Weltliga fördern wollen. Beitrittsanmeldungen (Beitritt nach Belieben), sowie alle Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Weltliga. Berlin NW 40, In den Zelten 10.

W. M. Bechterew.

Vor etlichen Monaten starb in Moskau der berühmte Gelehrte W. M. Bechterew, Neurologe und Psychiater, der Direktor des von ihm errichteten Gehirninstituts. Genosse Semaschko, der Volkskommissar für das Gesundheitswesen, widmet ihm folgende Gedenkworte:

„Der unlängst gestorbene Bechterew hatte in sich alle Eigenschaften, die die Sowjetmacht bei allen jenen Gelehrten, denen sie den höchsten Ehrentitel eines Gelehrten in unserer Union verleiht, den Titel eines verdienten Wissenschaftlers, sehen möchte.

Bechterew war ein hervorragender Gelehrter. Noch in den weit zurück-

liegenden Zeiten, als das Gebiet der höheren Nerventätigkeit noch rätselhaft, dunkel, ein geheimnisvolles Gebiet war, öffnete uns Bechterew mit seinem wissenschaftlichen Schlüssel die Tür zu diesem dunklen Gebiet und ließ die hellen Strahlen des Lichtes herein. Bereits damals legte er die Basis zur Reflexologie, d. h zu jener Lehre, die dem Materialismus am nächsten steht und also auch der einheitlichen wissenschaftlichen Auffassung des geistigen Lebens.

Über 500 wissenschaftliche Arbeiten hat der Verstorbene im Laufe seines Lebens geschrieben. Der Bechterew-Reflex, der Bechterew-Kern und die Bechterew-Mixtur sind jedem Neuropathologen und Psychiater bekannt.

Bechterew, der Gelehrte, verstand es auch glänzend, auf alle Fragen des täglichen Lebens einzugehen. Handelte es sich um die Bekämpfung der Kinderverwahrlosung und um den schwierigsten Teil dieses Kampfes, um die Nacherziehung der durch die Straße verdorbenen Kinder, so verstand Bechterew es, diese schwierigsten Fragen wissenschaftlich zu beantworten. Handelte es sich um die Bekämpfung des Alkoholismus, so war Bechterew, der Neurologe und Psychiater, Bechterew, der Hypnologe, stets auf seinem Posten und wies uns den Weg.

In den letzten Jahren ist die Pädologie, eine neue Wissenschaft, die auf marxistische Weise den Einfluß der Umwelt auf die Entwicklung und Erziehung des Kindes untersucht, immer stärker geworden. Bechterew war einer der Gründer dieser neuen Wissenschaft. Bechterew war ein Gelehrter und Sozialpolitiker, der sein ganzes Leben eine wissenschaftliche Anstalt nach der anderen errichtete. Seine letzte Idee war die Errichtung eines Pantheons. Es ist eine schlechte Ironie des Schicksals, daß das erste Gehirn in diesen Pantheon das Gehirn Bechterews sein wird. Auf Wunsch des Verstorbenen wird sein Gehirn hier gemeinsam mit der Asche seines Körpers aufbewahrt werden. Ein schönes Ende eines großen fruchtbaren und schönen Lebens.'

Aus der sozialistischen Ärztebewegung.

Leo Münz †

(Gedenkworte von Gen. F. Geis-Chemnitz auf der Generalversammlung des V. S. Ae. in Berlin).

Das erste Mal, da wir als geschlossene Gruppe in Ihrer Mitte erscheinen, kommen wir schon mit umflorten Fahnen. Derjenige, der den lebhaftesten Anteil sowohl an der Gründung der Chemnitzer Ortsgruppe als auch an der Gründung des Landesverbandes Sachsen genommen hatte, Genosse Leo Münz ist nach kurzem Krankenlager in der Nacht vom 1. zum 2. Februar an einer Sepsis verstorben. Es war ihm nicht mehr vergönnt, an dieser Generalversammlung teilzunehmen und Ihnen selbst, wie er wünschte, die Ideen zur Zusammenfassung aller sozialistischen Aerzte Deutschlands vorzutragen.

Vielleicht war Leo Münz im Grunde eine Natur, der das Versenken in Bücher und wissenschaftliche Probleme mehr lag als der Kampf in der Oeffentlichkeit. Jeden Morgen stand er [illegible]on früh um 6 Uhr auf, um in Ruhe Bücher und Zeit[illegible] lesen zu können. Aber wenn ihn einmal die Wahrheit [illegible] gepackt hatte, ließ sie ihn nicht wieder los und trieb [illegible] dazu, auch in der Oeffentlichkeit für sie einzutreten. So hatte ihn wohl auch sein ärztlicher Beruf mit den Nöten

des Proletariers in der heutigen Wirtschaftsordnung in Berührung gebracht und ihn nicht lange zweifeln lassen, auf welche Seite er gehörte. So stellte er sich schon nach kurzer Zeit, da er in Chemnitz seine Praxis ausübte, dem Arbeiter-Samariterbund zur Verfügung und arbeitete eifrig an seinem weiteren Ausbau mit. In den letzten Jahren machte ihn der Arbeiter-Samariterbund zu seinem zweiten Vorsitzenden. Stets war er auch bereit, in der Partei sich auf sozialhygienischem Gebiete zu betätigen; oft riefen ihn die Bezirke zu aufklärenden Vorträgen über medizinische und hygienische Fragen; denn er verstand die Zuhörer zu fesseln und auf äußerst klare und einfache Weise ihnen ein Gebiet nahezubringen. Er begnügte sich aber nicht nur damit, der Arbeiterschaft Theorie zu geben, überall versuchte er wirklich helfend einzugreifen. So hatte er im vorigen Jahre die erste Ehe- und Sexualberatungsstelle gegründet, weil er fürchtete, daß eine offizielle Eheberatungsstelle nicht dem Interesse des Proletariats dienstbar sein würde.

Aus seiner Arbeit im Arbeitersamariterbund erkannte er auch, wie wichtig es für die Arbeiterschaft wäre, in der Aerzteschaft größeres Verständnis für ihre Forderungen zu finden. So war er es, der zuerst den Zusammenschluß aller sozialistischen Aerzte von Chemnitz und Umgebung veranlaßte und den Ausbau der Organisation in ganz Sachsen anregte. Wie bei allen Dingen, die Münz einmal übernommen hatte, setzte er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür ein, der Idee des Sozialismus auch bei den Aerzten Geltung zu verschaffen, und so war er es stets, der in den Versammlungen der Aerzteschaft mit bestem Erfolge versuchte, unsere Stellungnahme in ärztlichen Dingen zum Ausdruck zu bringen.

Der Schmerz in uns ist noch zu frisch, um den Verlust von Leo Münz ganz erfassen zu können. Wir können nur in seinem Sinne weiter arbeiten, und so hoffe ich, daß diese Tagung die beste Ehrung für Leo Münz sein werde.

Ignaz Zadek zum 70. Geburtstag.

Von E. Simmel.

Genosse Ignatz Zadek wurde am 14. Februar 70 Jahre alt. Die meisten Jubilare pflegen an solcher Altersgrenze neben den Glückwünschen für einen geruhigen Lebensabend den Dank vornehmlich für das von ihnen in der Vergangenheit Geleistete entgegenzunehmen. — Unserem Genossen Zadek gegenüber wäre eine so geartete „Huldigung" wirklich nicht angebracht. Für ihn, der jetzt voll in der Ausübung einer großen und vielseitigen Praxis steht, zu der er vor drei Jahren das Amt eines Wohlfahrtsarztes noch dazu übernommen hat, der Führer unserer Fraktion in der Groß-Berliner Aerzte-

kammer und Mitglied ihres Vorstandes, Mitglied ihrer Wohlfahrtskommission ist, hat heute wie immer die Vergangenheit nur die Bedeutung, um aus ihr für ein Leben voller Arbeit in der Gegenwart lernen zu können, die stets orientiert ist unter der großen Zukunftsfrage des Sozialismus.

Wir beglückwünschen natürlich heute den Genossen Zadek zu all dem, was er in einem arbeitsreichen Leben bereits geschaffen hat. Aber mehr noch beglückwünschen wir alle Menschen und Institutionen, denen die Arbeit seiner produktiven Persönlichkeit bis zum heutigen Tage zugute kommt. Das sind die Kranken und die Proletarier, vor allem natürlich die kranken Proletarier. Das ist aber auch die Sozialdemokratische Partei, der er angehört. Das ist der Sozialismus überhaupt, deren treuer und unerschrockener Soldat er seit mehr als 50 Jahren ist. Und letzten Endes beglückwünschen wir uns natürlich selbst, uns, den Verein Sozialistischer Aerzte, dessen Führer er vom Gründungstage an bis zu seiner Erkrankung war.

Als ich im Jahre 1913 mit Entsetzen sah, wie die Kluft zwischen Arbeitern und Aerzten sich immer mehr vertiefte, wie das Verständnis zwischen Krankenkassen und Versicherten auf der einen Seite, den Aerzten auf der anderen Seite, immer hoffnungsloser dahin schwand, überlegte ich einmal mit Karl Kollwitz, was aus diesem ganzen Irrsal herausführen könnte. — Die Aerzte drohten mit Streik, wollten den kranken Proletarier im Stich lassen, um die Kassen zu schädigen. Die Parteipresse andererseits übernahm sich in affektiver Verblendung im Haß gegen die Aerzte ganz allgemein, warnte vor ihnen und meinte: „in mehr als zwei Drittel der Krankheitsfälle könnten Aerzte überhaupt entbehrt und durch Krankenschwestern, Sanitäter, Heilgehilfen etc. ersetzt werden". — Die Volksgesundheit der Gegenwart schien ernstlich bedroht und mit ihr die wichtigste Waffe des Proletariats für den Klassenkampf. Die Krankenversicherung aber — dieses Instrument der Sozialisierung des Heilwesens, so fremdartig mitten eingebaut in den kapitalistischen Klassenstaat — drohte in den irregeleiteten Kämpfen zwischen Klassenmedizin auf der einen, fiskalischer Krankenkassenpolitik auf der anderen Seite, völlig zu zerbrechen. Es war uns klar, es war höchste Pflicht, daß in diesem Wirrwarr sozialistische Aerzte auf den Plan treten mußten, um die Gegner zur Besinnung auf ihr gemeinsames Ziel aufzurufen. Unter dem Banner: „für die Sozialisierung des Heilwesens", schlossen wir uns zusammen, um eine Bewegung hervorzurufen, die Aerzte und Krankenkasse aus einem Kampf gegeneinander zu einer Arbeit miteinander, mit dem produktiven Ziel einer ärztlichen Planwirtschaft, herausführen sollte.

Es war ganz selbstverständlich, daß Genosse Zadek der Führer dieser sozialistischen Aerztebewegung wurde. — Zadek verkörperte ja in seiner Person selbst das ganze Programm unseres Sozialistischen Aerztevereins. Vom ersten Tage seines Medizinstudiums an war es ihm klar, daß Krankenbehandlung immer nur eine fruchtlose Palliativtherapie bleibt, wenn der Arzt nicht gleichzeitig den Blick vom Individuum weg auf die Gesellschaft richtet, die mit ihrem Raubbau an Arbeitskraft die Grundnoxe des seelischen und körperlichen Proletarierelends bildet.

Drum hat Zadek von jeher nicht nur mit Eifer und Hingabe wissenschaftlich und praktisch z. B. den tuberkulösen Krankheitsprozeß studiert und den Einzelnen davon zu heilen gesucht, sondern hat in Schrift, in Wort und Tat für die Soziale Hygiene überhaupt, die Voraussetzung der Tuberkuloseheilung, gewirkt. Nie begnügte er sich damit, für den einzelnen Kranken aufopfernd zu wirken. Gegen Wohnungsnot, für Gewerbe- und Arbeitshygiene kämpfte er im allgemeinen, um in Erfüllung seines sozialistischen Arztideals Prophylaxe zu treiben und nicht Symptomkuriererei.

Seine kleinen Bücher, „Die Proletarierkrankheit", über Frauenleiden, über Gewerbe- und Berufskrankheiten, vor allem der Metallarbeiter, sind Gemeingut des Proletariats geworden. Seit 1909 redigierte er die „Arbeitergesundheitsbibliothek", die systematisch dem Gesundheitsdienst am Volke diente. Zadeks außergewöhnliche Arbeitskraft ließ ihm Zeit, über eine solche reichliche, individuelle und überindividuelle ärztliche Tätigkeit hinaus noch mit den Mitteln der Kommunalpolitik für die Konsequenzen seiner ärztlichen Erkenntnis in der Oeffentlichkeit einzutreten. Die Arbeiter hatten ihn, den Arzt, „den berufensten Anwalt der Armen" in das Berliner Stadtparlament gewählt, dem er zehn Jahre, von 1892 bis 1897 und 1906 bis 1911, angehörte. Hier war er, der schon damals angesehene Fachmann der Sozialhygiene, der Führer und Berater der Fraktion in allen Fragen der Gesundheitspolitik. — Die rücksichtslose Ehrlichkeit, Unerschrockenheit und Unbekümmertheit um irgendwelche persönlichen Interessen, die wir an ihm kennen und verehren, hat schon damals dem durch bürgerliche Aerzte gedeckten Kommunalfreisinn manche schwere Stunde bereitet. Mit derselben persönlichen Kühnheit sahen wir ihn während der Revolution im Rheingoldsaal in einer Riesenmedizinerversammlung den bürgerlichen Aerzten ihr Sündenregister aus der Kriegszeit vorhalten. Mit derselben unbeugsamen Ueberzeugungstreue proklamierte er vor wenigen Wochen in der ersten Sitzung der nach dem Proporz gewählten Aerztekammer das Programm einer sozialen Hygiene, die ihren Zielen erst gerecht wird.

wenn ihre beruflichen Träger gleichzeitig Sozialisten sind.

Die Basis von Zadeks gesamtem ärztlichen Schaffen und sozialistischen Kämpfen war natürlich schon von seinen jüngsten Jahren an der Kampf um den Achtstundentag. Schon 1894 auf dem Internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie war es mit sein Erfolg, daß der Kongreß einstimmig für den Achtstundentag sich erklärte und alle „Staaten moderner Zivilisation" aufforderte, den Achtstundentag für die gewerblichen Arbeiter einzuführen und alle Nachtarbeit zu verbieten, wo diese nicht aus volkswirtschaftlichen Rücksichten unentbehrlich ist.

Genosse Zadek hat also tatsächlich mit seiner Person schon seit Jahrzehnten in lebendigem Kampf ein Programm vertreten, um das sich der Verein Sozialistischer Aerzte als Organisation seit 15 Jahren bemüht. Dabei blieb Zadek in den Jahren unserer gemeinsamen Vereinstätigkeit sich selbst in dem Bestreben treu, den V. S. Ae. als einheitliche Organisation, unbekümmert um sonstige Parteigruppierungen, zu erhalten. 1914 formulierte er die Aufgabe unserer Vereinigung so: „Als Verein in den Zeiten der Not geboren, als jede Verständigung zwischen Krankenkassen und Aerzten aufgehoben schien, wollen wir versuchen, die zerstreuten und auch in ihrer Stellungnahme zu den kassenärztlichen Fragen noch auseinandergehenden Parteigenossen unter den Aerzten zu sammeln. Wir wollen durch gemeinsame Aussprache zur Klärung der Ansichten, zur Uebereinstimmung in den Hauptfragen zu gelangen suchen, zu den Tagesfragen Stellung nehmen und eingreifen, wo es not tut. Wir müssen Einfluß gewinnen auf Kassen wie auf Aerzte. Beide Seiten begegnen uns mit mehr oder weniger ausgesprochenem Mißtrauen, die Kassen, weil wir Aerzte, die Aerzte, weil wir Sozialdemokraten (i. J. 1914!) sind*).

Als dann in der Revolutions- und Nachrevolutionszeit auch unser Verein von sozialistischen Partei-Richtungen und -Spaltungen bedroht zu werden schien, warf Zadek die ganze Autorität seiner Persönlichkeit in die Wagschale für die weitere einmütige Zusammenarbeit aller sozialistischen Aerzte. Er empfand die Verantwortung für das Proletariat, das doch letzten Endes miteinander und nicht gegeneinander kämpfen will, und wies jedes Ansinnen auch von nahebefreundeter Seite zurück, irgendwie der Spaltung des Vereins Sozialistischer Aerzte Wege zu ebnen. Es war ihm selbstverständlich, daß es im Lager der sozialistischen Aerzte nicht Organisation und Gegenorganisation geben dürfte; denn allen schwebte als gemeinsames Ziel die „Sozialisierung des Heilwesens" vor. Seine Meinung über eine ein-

*) Zadek: Ein sozialdemokratischer Ärzteverein" ersch. i. Sozialist. Monatshefte, Jahrgang 1914.

heitliche Bewegung zu einem einheitlichen Ziel war die gleiche wie zur Zeit unserer Gründung. Er sagte mir persönlich: „wenn ich glaube, daß Genossen durch falschen Radikalismus unserer Bewegung schaden können, darf ich mich nicht gegen sie organisieren, sondern muß sie durch die Wucht der Argumente überzeugen".

Als schwere Krankheit den Genossen Zadek zwang, den Vorsitz unserer Vereinigung niederzulegen, waren es Zeiten der Sorge um ihn und auch um unsere Arbeit. Als aus dem Mitgliedskreis zu jener Zeit die Anregung auftauchte, den Genossen Zadek zu unserem Ehrenvorsitzenden zu wählen, lehnte er persönlich diese Ehrung ab mit der Motivierung: „Ehre gibt es nur bei gleichzeitiger Arbeit". Heute ist er wieder voll gesundet, steht wieder als Kämpfer in unseren Reihen und ehrt sich in hohem Maße selbst durch seine aufopfernde und erfolgreiche Arbeit.

Wenn wir in diesen Tagen hören, daß sich ein Ausschuß gegründet hat, bestehend aus den Spitzenverbänden der Aerzte und den Spitzenverbänden der Krankenkassen, der sich die Aufgabe gesetzt hat, Richtlinien auszuarbeiten zur Regelung der Planwirtschaft in der ärztlichen Versorgung, so können wir sagen: heut endlich geht etwas von der Saat auf, die der Verein Sozialistischer Aerzte, und lange vor ihm Genosse Zadek schon in seinem persönlichen Wirken, ausgesät hat.

Drum ist der Tag seines 70. Geburtstages für Zadek selbst zwar kein Tag der Rückschau und Vergangenheitsbetrachtung. Für uns aber wurde er Anlaß, in Dankbarkeit uns zu vergegenwärtigen, wie konsequent und vorbildlich Arbeit und bisheriges Leben unseres Genossen Zadek vor uns liegt. Denn er, „der seinen Beruf, zu helfen, wirklich stets bis zu den letzten Konsequenzen erfüllt"*), ist für uns tatsächlich der sozialistische Arzt.

Magnus Hirschfeld.

Wie wir nach Redaktionsschluß erfahren, begeht unser Genosse Magnus Hirschfeld am 14. Mai d. Js. seinen 60. Geburtstag. Wenn heute die ungeheuren Vorurteile und Widerstände auf dem Gebiete der Sexualwissenschaft zum großen Teile überwunden sind, so ist das den umfassenden Kenntnissen, dem sittlichen Ernst und dem Taktgefühl Hirschfelds in erster Linie zu verdanken. Seine Tätigkeit auf schriftstellerischem Gebiet ist sehr umfangreich, die Hauptwerke sind: „Naturgesetze der Liebe", „Die Transvestiten", „Die Homosexualität des Mannes und des Weibes, seine dreibändige „Sexualpathologie" sowie die „Geschlechtskunde".

*) „Der Sozialistische Arzt", Jahrgang 1925, Nr. 1.

Ferner veröffentlichte er vielgelesene Arbeiten über die Alkoholfrage, die Kriegspsychologie und gleich nach der Revolution eine kleine Schrift: „Wir brauchen ein Gesundheitsministerium." Besonders hervorgetreten ist Magnus Hirschfeld als Sachverständiger vor Gericht, auch in zahlreichen Sensationsprozessen, von dem Prozeß gegen Harden und den Fürsten Eulenburg bis zum Lützow- und Krantzprozeß.

Im Jahre 1918 errichtete er das Institut für Sexualwissenschaft, das ein Jahr später von der Preußischen Regierung als Dr. Magnus Hirschfeld-Stiftung übernommen wurde. Es erfreut sich seither eines großen Zuspruchs aus allen Kreisen der Bevölkerung und wird als einzig dastehende Forschungs- und Lehrstätte von Aerzten des In- und Auslandes besucht.

Der V. S. Ae. ist stolz darauf, den Jubilar als den seinigen im engeren Sinne betrachten zu können. Verfolgt Hirschfeld durch seine Arbeit als treues Mitglied mit großem Interesse, erfreut er doch uns und weitere sympathisierende Kreise gelegentlich mit Vorträgen aus seinem Wissensgebiete! Sein Leben ist gewidmet der Befreiung des Menschen von körperlichen Leiden, seelischen Nöten und sozialen Schäden auf einem Sondergebiete. Daß diese Arbeit noch lange erfolgreich von Magnus Hirschfeld fortgesetzt werden kann, das ist der Wunsch ganz besonders der sozialistischen Aerzte!

Neue Mitglieder.

Berlin: B. Rosenberg; M. Slodki; Ilse Graetz; Ernst u. Margarete Feilchenfeld; H. Jacobs; Kaethe Becher; Th. Schnittkin; Rich. Lesser; Heinz Cohn; Gertrud Rothgießer; H. Köhler; Fritz Rosenthal; de Bra; Berth. Levy.

Chemnitz: Götz; Wulfsohn; Grygiel; Hannemann.

Zwickau: Prof. Eskuchen.

Leipzig: Staroselsky.

Dresden: B. Krause.

Magdeburg: E. Schloßberg.

Hamburg: G. Manes.

Braunschweig: F. Lube.

Gevelsberg: G. Bittner.

Frankfurt a. M.: K. Haymann.

Heidelberg: F. Reichmann.

Karlsruhe: Kappe; Johanna Maas; Böhne.

Marienbad: Ad. Stark.

Kopenhagen: Leunbach.

Beitrag und Pressefonds.

Unsere Werbearbeit, unsere Zeitschrift und auch die Reichstagung in Dresden erfordern so große Mittel, daß wir vor allem unsere Mitglieder höfl. bitten, den Jahresbeitrag in

Höhe von 10,— Mk. sowie etwaige Rückstände baldigst einzusenden. Freiwillige Spenden für den Pressefonds (für Mitglieder 3,— Mk.) sind frdl. erbeten an Dr. F. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 175. (Postsch. Nr. 189 Berlin).

Landesverband Sachsen des V. S. Ae.

Die erste Vorstandssitzung fand im Leipziger Volkshaus am 22. Januar d. Js. statt. Anwesend waren Genossen Popitz, Eskuchen, Geis, Weill, Deppe. Es folgte die endgiltige Konstituierung: Popitz, 1. Vorsitzender, Eskuchen, 2. Vorsitzender, Deppe, Schriftführer. Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit dem Ausbau der Organisation in Sachsen, mit der Beeinflussung der soz. Parlamentsfraktionen bei Beratung gezetzgeberischer Maßnahmen, mit dem Ersuchen, an die sozialistische Presse, in allen gesundheitlichen und sozialhygienischen Fragen mit den sozialistischen Aerzten Fühlung zu nehmen. Besondere Aufmerksamkeit soll dem akademischen Nachwuchs gewidmet werden. Dem Bund der Freunde sozial. Akademiker" und „dem Verein sozialdemokratischer Akademiker" wurde die Sympathie ausgesprochen, aber der Wunsch betont, die einzelnen akademischen Fachgruppen in einer Vereinigung sozialistischer Akademiker zusammenzufassen. Was die Stellung zu den sozial. Parteien und Aerztegruppen betrifft, so wird einmütig als Untergruppe des V. S. Ae. der Standpunkt vertreten, daß Mitglied werden kann, wer sich zum Sozialismus bekennt. Zur Generalversammlung in Berlin wird Genosse Deppe als offizieller Vertreter entsandt, der eine Reihe von speziellen Wünschen und Anträgen vorbringen soll.

D.

Ortsgruppe Leipzig des V. S. Ae.

Am 8. Dezember v. J. veranstalteten wir eine Kundgebung zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Das Gewerkschaftskartell, der Deutsche Beamtenbund und der Zentralverband der Angestellten hatten uns hierbei eifrig unterstützt und auch unseren Aufruf an die Arbeitermassen unterzeichnet. Die Referenten waren Gen. Dr. Max Hodann-Berlin und Heinrich Fleißner-Leipzig. Nach dem zu urteilen, wie die proletarische Presse unsere Kundgebung aufgenommen hat, können wir mit Recht sagen, daß unser erster Versuch, eine sozialhygienische Frage von höchster Bedeutung unter der Leitung einer sozialistischen Aerztegruppe öffentlich zu behandeln, als unbedingt gelungen anzusehen wäre. Wir haben auf diese Weise der Arbeiterschaft bewiesen, daß wir ernstlich gewillt sind, auch in Gesundheitsfragen mit ihr in gemeinsamer Front zu kämpfen und nicht wie die bürgerlichen Aerzte die Meinung zu vertreten, der Beruf des Arztes dürfe über die Grenzen der Krankenbehandlung nicht hinausgehen. Weiterhin

würde interessieren, daß wir vor der Kundgebung eine Funktionärversammlung aller der Hygiene nahestehenden proletarischen Organisationen und der Vertreter der Presse einberufen haben, die wir über unsere Ziele orientierten und Richtlinien für eine systematische Aufklärung in der Presse aufgestellt haben. Wir werden alles daran setzen, ein dauerndes fruchtbringendes Zusammenarbeiten zwischen sozialistischen Aerzten und der Arbeiterschaft zustande zu bringen.

Soloweetschik.

Die sozialdemokratischen Aerzte Steiermarks für die Sozialversicherung.

Die sozialdemokratischen Ärzte Steiermarks haben in einer in der Grazer Arbeiterkammer abgehaltenen Versammlung zu den aktuellen Fragen der Sozialversicherung folgende Entschließung angenommen:

Die sozialdemokratischen Ärzte Steiermarks halten es für ihre Pflicht, alle sozialen Reformen, die das Wohl der gesamten Bevölkerung zu heben geeignet sind, mit aller Kraft zu unterstützen. Sie sehen besonders in der Sozialversicherung das geeignetste Mittel, diesen Zweck zu fördern. Ohne die materiell bedrängte Lage des Ärztestandes zu verkennen, halten sie den Kampf um eine Einkommensgrenze für gänzlich ungeeignet, den Ärztestand von seiner Notlage zu befreien, hingegen erblicken sie in einer solchen eine bedeutende Erschwerung der Durchführung der Sozialversicherungsgesetze. Die sozialdemokratischen Ärzte sind der Ansicht, daß eine Erhöhung ihrer Bezüge und Sicherstellung ihrer Existenz sich auf andere Weise erreichen ließe. Sie verlangen daher zunächst: 1. Aufhebung der Unterversicherung, wodurch die Kassen leistungsfähiger werden, welche Überschüsse auch zur Erhöhung der Ärztebezüge verwendet werden können. 2. Verbot der Kumulierung der Ärztestellen. 3. Schaffung einer Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung der Ärzte. Aus all diesen Erwägungen heraus treten die sozialdemokratischen Ärzte Steiermarks grundsätzlich für die Vergesellschaftung des ärztlichen Dienstes ein.

Generalversammlung des „V. S. Ae." am 12. Februar 1928.

Die diesjährige Generalversammlung, die im Nollendorf-Casino stattfand, erfreute sich eines großen Interesses unserer Mitglieder, sie erhielt ein besonderes Gepräge dadurch, daß zum ersten Male neben einer Reihe auswärtiger Kollegen und Genossen einige selbständige Ortsgruppen Vertreter entsandt haben. Anstelle des durch Krankheit verhinderten 1. Vorsitzenden, Gen. E. Simmel, eröffnete Gen. S. Drucker die Tagung mit einer Begrüßung, besonders der zahlreichen Mitglieder aus dem Reiche und verlas eine Anzahl von Telegrammen und Begrüßungsschreiben.

Geis-Chemnitz ehrte mit der Versammlung das Andenken des uns so plötzlich entrissenen Vorsitzenden der Chemnitzer Ortsgruppe, Gen. L. Münz. Die Gedenkworte finden unsere Genossen an anderer Stelle des „Sozialistischen Arztes". Den Jahresbericht erstattete Gen. Ewald Fabian im Namen des Vorstandes. Er gab zunächst einen kurzen Abriß der Entstehungsgeschichte unserer nun seit 15 Jahren bestehenden Organisation, die von Anfang an sich bemühte, Aerzte und Krankenkassen zur Erfüllung ihrer großen Aufgabe im Dienste der Volksgesundheit zusammenzubringen. Dieser Arbeit widmete sich der „Sozialdemokratische Aerzteverein", wie er ursprünglich hieß, unter Führung der Genossen Zadek sen. und Simmel nicht ohne Erfolg. Aber der Kreis von Aerzten, der Verständnis für unsere Ziele zeigte, war anfangs recht klein, und der Krieg machte schließlich jede weitere

Tätigkeit unmöglich. Die Schwierigkeiten häuften sich auch in der Nachkriegszeit, bei Gelegenheit der Spaltung der Arbeiterbewegung und später 1924 durch den Austritt einer Anzahl von sozialdemokratischen Mitgliedern, die eine engere Arbeitsgemeinschaft bildeten. Unsere Organisation blieb aber gefestigt, weil die weitaus große Mehrheit sich in den langen Jahren von der notwendigen und nützlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Aerzte aller Richtungen überzeugt hatte. Der „V. S. Ae." wurde in immer höherem Maße die Zusammenfassung aller sozialistisch denkenden Kollegen, in seinem Verband fanden sich die zusammen, die sich durch den Aerzteberuf und den wissenschaftlichen Sozialismus verbunden fühlten. Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten in Fragen der Taktik, die im „V. S. Ae." vorhanden sind und die wir im Interesse der lebendigen Fortentwicklung sogar für wünschenswert halten, besteht Uebereinstimmung in den prinzipiellen Fragen.

Neben zwei Verlusten durch Tod sind im Vorjahre acht Mitglieder ausgetreten bzw. gestrichen worden. Demgegenüber haben wir 81 neue Mitglieder zu verzeichnen, davon 42 in Berlin und 39 im Reich. Der Parteizugehörigkeit nach sind etwa 50% Mitglieder SPD, etwa 20% KPD und 30% parteilos. Wenn wir so große Fortschritte namentlich auch im Reich machen und mit unsern ausländischen Gesinnungsgenossen wertvolle Beziehungen anknüpfen konnten, so verdanken wir das in erster Linie unserer vierteljährlich erscheinenden Vereinszeitschrift „Der Sozialistische Arzt", die mit ihrer bisherigen Auflage von 2000 Exemplaren unsere Ideen tatkräftig im In- und Auslande fördern hilft. Wir wissen, daß die Zeitschrift viel Anerkennung bei unseren Mitgliedern findet, aber sie bedenken nicht in genügendem Maße, wie wir auf die materielle und ideelle Hilfe aller Genossen zur Erhaltung und weiteren Ausbreitung angewiesen sind. Zum Schluß ging Gen. Fabian auf unsere Arbeit im einzelnen, auf unsere Wahlarbeit für die Aerztekammer und auf unser erfolgreiches Zusammenwirken mit den proletarischen Organisationen ein, die mit uns gemeinsame Ziele haben.

Nach einem Bericht des Kassierers, Gen. Franz Rosenthal, dem einstimmig Entlastung erteilt wurde, gaben Weill-Leipzig und Geis-Chemnitz eingehende Tätigkeitsberichte ihrer Ortsgruppen, die sehr beifällig aufgenommen wurden. An der folgenden, sehr regen Diskussion beteiligten sich Marcusson-Altenburg, Schinnagel, Brann, Schmincke, Karfunkel, Deppe-Dresden, Benjamin, Meyer, Klauber, Landau-Wandlitz, Juliusburger, Littwitz, Rosenthal. Die angenommenen Anträge und Resolutionen werden an anderer Stelle im Wortlaut veröffentlicht. Im Schlußwort dankt Gen. Fabian im Namen des Vorstandes für das einmütige Vertrauensvotum, das die einzelnen Redner erteilt haben; er geht im einzelnen noch auf die vielen vorliegenden Anträge und Anregungen ein.

Gen. Minna Flake referiert alsdann über die Pfingsten 1928 geplante erste Reichstagung, die auf Einladung der Mitglieder Sachsens in Dresden stattfinden soll. Noch einer Aussprache über die event. Tagesordnung spricht sich die G.-V. einstimmig für die Tagung in Dresden aus, alle näheren Vorschläge werden dem neuen Vorstand überlassen.

Den Wahlakt leitet das älteste anwesende Mitglied, Gen. Brann. Durch Akklamation wird der Vorstand, bestehend aus den Genossen E. Simmel, L. Klauber, Laura Turnau, Ewald Fabian, Minna Flake, S. Drucker, Franz Rosenthal, wiedergewählt.

Genosse Glaser-Chemnitz mußte sich der vorgerückten Zeit wegen zu seinem interessanten Thema: „Die Aufgaben des sozialistischen Arztes in der gegenwärtigen Gesellschaft" mit kurzen Leitsätzen begnügen. Das ausführliche Referat erscheint in der nächsten Nummer des „Sozialistischen Arztes".

Gemeinsames Mittagessen mit künstlerischen Darbietungen von Eva

Gottgetreu (Piscatorbühne), Frau Weinert und Erich Weinert hielt die Mitglieder und zahlreiche Gäste noch einige Stunden zusammen.

Versammlungstätigkeit des „V. S. Ae.".

Am 8. März fand im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Benjamin über das Thema referierte: „Der Ausbau der sozialhygienischen Fürsorge und die deutsche Aerzteschaft." Er legte dar, wie die sozialistische Aerzteschaft prinzipiell für den Ausbau der sozialhygienischen Fürsorge, d. h. die planvolle Verteilung der Aerzte und die Gesamterfassung der Bevölkerung, eintreten muß. Die Einrichtung der Ambulatorien ist der Aerzte-Kollektivarbeit wegen, die eine gründlichere und einfachere Behandlung ermöglicht, zu begrüßen, die fortschreitende Technisierung wird auch den ärztlichen Zwergbetrieb unmöglich machen.

Montag, den 26. März sprach vor einem interessierten Auditorium Genosse G. Löwenstein, Stadtarzt in Lichtenberg, über: „Kultur und Fruchtbarkeit". Er rollte die historische Entwicklung der Bevölkerungszunahme auf, legte die Verminderung durch Kriege und Auswanderung dar und kam zu dem Schluß, daß zur Besserstellung und kulturellen Hebung der breiten Masse des Volkes bewußte Geburteneinschränkung vonnöten ist und durch Staat und Gemeinde unterstützt werden müßte.

M. Fl.

Anträge und Resolutionen, angenommen auf der G.-V. des V. S. Ae.

Die am 12. Februar 1928 tagende Generalversammlung des „Vereins Sozialistischer Aerzte" nahm zu dem schwebenden Prozeß Krantz Stellung und beschloß:

„Der Verein Sozialistischer Aerzte" hält die Aufrechterhaltung der Oeffentlichkeit gerade in Sittenprozessen für eine dringende Notwendigkeit. Er betont aber, daß die gewaltsame Aufdeckung aller sexuellen Einzelheiten beim Verhör wie bei der Verhandlung unnütz und unwürdig ist und schwere psychische Schäden bei den Beteiligten hervorrufen kann.

Der Prozeß zeigt die Notwendigkeit, die noch gründlichst umzugestaltende Jugendgerichtsbarkeit bis zum 21. Lebensjahr für zuständig zu erklären.

Auch unter den gegenwärtigen Umständen ist es Pflicht, der Justizbehörde, den durch diese Prozeßführung entstehenden Schaden dadurch zu verringern, daß sie die Staatsanwaltschaft anweist, eine Anklage zurückzunehmen, die angesichts des vorliegenden Materials bei ruhiger, von Sensationsbedürfnis freier Würdigung der Sachlage nie hätte erhoben werden dürfen."

Der „V. S. Ae." weist die Angriffe des Würzburger Aerztetages auf die für die Volksgesundheit dringend notwendigen kommunalen ärztlichen Fürsorgestellen zurück und fordert die Arbeiterparteien auf, mit allen Mitteln für den Ausbau der Fürsorgestellen einzutreten. Insbesondere muß gefordert werden, daß die Behandlung in allen Beratungsstellen gewährt wird. Besonders notwendig ist die kostenlose Behandlung in den Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten.

Der „Verein Sozialistischer Aerzte". protestiert nach Kenntnisnahme von Einzelheiten der Beschlagnahme der Hodannschen Bücher auf das schärfste gegen diesen politisch fundierten Eingriff der Staatsanwaltschaft in Stuttgart und Rudolstadt auf die Freiheit des Schrifttums. Der Angriff widerspricht den Grundlagen der Reichsverfassung. Der Verein wird nichts unterlassen, um den Klassencharakter der an der Beschlagnahme beteiligten Behörden in der Oeffentlichkeit gebührend zu brandmarken.

Anträge der Ortsgruppe Leipzig:

1. Die Berliner Organisation des V. S. Ae. wird beauftragt, für d~

Spätsommer (August, September) des Jahres eine Studienreise nach Rußland vorzubereiten.

2. Die augenblicklich vorliegenden programmatischen Erklärungen des V. S. Ae. zu erweitern und einen Programmentwurf zur Diskussion dem Sozialistischen Aerztetag Pfingsten 1928 vorzulegen.

Der Vorstand wird beauftragt, auch weiterhin Schritte zur Verschmelzung aller auf sozialistischem Boden stehenden ärztlichen Vereine zu unternehmen. Landau-Wandlitz.

Angesichts der Verurteilung der praktischen Aerzte Dr. Kämpf und Dr. Kloeters in Rheidt erklärt die Generalversammlung des „Vereins Sozialistischer Aerzte", mit allen Mitteln auch die soziale Indikation als gesetzlichen Grund zur Unterbrechung der Schwangerschaft erstreben zu wollen.

Deppe-Dresden; Glaser-Chemnitz; Geis-Chemnitz.

Der V. S. Ae. nimmt mit Bedauern Kenntnis von den in der Arbeitersportbewegung sich zur Zeit ausbreitenden Spaltungsbestrebungen. In Anbetracht der großen Bedeutung der Arbeitersportbewegung für die Gesundung und Befreiung der Arbeiterklasse fordert der V. S. Ae. alle Arbeitersportler auf, sich für die Erhaltung der einheitlichen Arbeitersportbewegung einzusetzen.

Adam-Berlin; G. Löwenstein-Berlin; Deppe-Dresden; Littwitz-Berlin.

Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen:

Der V. S. Ae. wolle

1. jährlich den Mitgliedern ein Mitgliederverzeichnis zugehen lassen,
2. im Interesse der Volksgesundheit sich mit der ärztlichen Spezialitätenfrage beschäftigen. Brann.

Antrag Güterbock:

„Da eine neue R. V. O. in Vorbereitung ist, die im Jahre 1929 schon dem Reichstag vorgelegt werden soll, stelle ich den Antrag, einen Ausschuß zu bilden, der sich mit den einschlägigen Fragen die R. V. O. betreffend, beschäftigt, um rechtzeitig Vorschläge an die sozialistischen Parteien vorzubereiten."

Arzttum, Gesundheitspflege und Sozialismus.

Ueber dieses Thema sprach in der Frankfurter Vereinigung zum Studium der sozialistischen Probleme unser Mitglied, Dr. Th. Plaut. Der Referent setzte sich vom Standpunkt des sozialistischen Arztes mit dem Buch von Liek „Der Arzt und seine Sendung", das seit 1926 fünf Auflagen erlebt hat, auseinander und weist insbesondere die Kritik der sozialen Gesetzgebung zurück. Wie weit die Angriffe gegen unsere sozialen Versicherungen gehen können, das zeigt sich in den von Liek beifällig zitierten Leitsätzen eines Schweizer Arztes:

1. Die Unfallversicherung tötet den Willen zur Arbeit.
2. Die Krankenversicherung lähmt den Willen zur Gesundheit.
3. Die Altersversicherung zerstört den Sparsinn des Volkes.

Und in einem Artikel der „Aerztl. Mitteilungen" wird von der Gefahr der Krankheitszüchtung, der Rentenjägerei und der negativen Auslese gesprochen. Hierzu sei gesagt: Krankheitszüchtung gibt es gerade auch in der Privatpraxis. Verweichlichung ist ein Schlagwort, dem angesichts der elenden

Lage der arbeitenden Massen und der trotzdem zunehmenden sportlichen Betä igung jede Berechtigung fehlt. Rentenjägerei mag auch bei Kriegsbeschädigten vorkommen, aber soll man deshalb etwa die Entschädigung der Kriegsopfer ablehnen? Negative Auslese ist ebenfalls, abgesehen vom Kriege, ein Schlagwort. Menschliche Gemeinschaft beruht auf werktätiger Nächstenliebe. Wer nur die Mitglieder fördern will, die sozusagen die Kosten lohnen, die anderen aber verkommen lassen will, der negiert die Menschlichkeit und damit die Menschheit. Wem die Kosten für die unproduktiven Elemente Bedenken verursachen, der arbeite mit an der Beseitigung der Rüstungen.

Plaut bejahte unbedingt die Krankenversicherung, fordert aber gerade vom Standpunkt der vollkommenen Gesundheitspflege die freie Arztwahl. Wohl aber müßte es möglich sein, die Vorteile, die die Ambulatorien bieten, jedem Kassenarzt bzw. seinen Patienten zu Gute kommen zu lassen. Jeder Arzt sollte in der Lage sein, seine Kranken zu diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen dorthin zu weisen, ohne sie dabei aus der Hand zu geben. Anfänge dazu bestehen bereits z. B. bei der Frankfurter Ortskrankenkasse. Als Ziel, das manchem heute noch utopisch erscheint, schwebt uns sozialistischen Aerzten vor die Einbeziehung der gesamten Bevölkerung in die Kassengesetzgebung, die Beseitigung des Unterschiedes von Privat- und Kassenpatienten. Die höheren Einkommen müssen dann natürlich zu erheblichen Beitragsleistungen herangezogen werden. Das Verlangen nach einer Versicherung im Krankheitsfalle besteht heute schon unzweifelhaft in weiten Kreisen der bisher nicht Versicherten, daher die große Verbreitung der privaten Krankenkassen.

Mit dem Referenten verlangen wir Aerzte, die unabhängig vom materiellen Interesse den Kranken wirkliche Helfer sein wollen und die das höchste Ziel erstreben, sich so weit als möglich überflüssig zu machen, indem sie eine gesündere Menschheit schaffen wollen.

M. Slodki.

Bücher und Zeitschriften.

(Besprechung vorbehalten)

Joel, Die Behandlung der Giftsuchten. (Verlag Georg Thieme, Leipzig; Preis 5,— RM.).

Die eingehende Darstellung des Verlaufs und der Behandlung der Giftsuchten hat großen Wert für Sozialhygieniker, Neurologen und Juristen, ist aber auch für jeden unentbehrlich, der in der Abstinenzbewegung tätig ist. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, wie unlogisch und unsozial es ist, ungeheure Mengen von Alkohol bereitzustellen, dagegen die Verbreitung der Alcaloide eifernd zu verfolgen. Die Zahl der Alkoholgeschädigten im Vergleich zu den Alcaloidsüchtigen läßt

allein schon die entschiedene Bekämpfung des Alkoholismus und der Trinksitten als notwendig erscheinen.

Franz Rosenthal.

Sanitätswarte (Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Heil- und Pflege-Anstalten), Organ der Reichssektion Gesundheitswesen und des Reichsbundes der Beamten und Angestellten.

XXVIII Jahrgang Nr. 5 enthält u. a.: Kampf den gewerbsmäßigen Schwesternheimen / Entwurf eines Reichshebammengesetzes / Das Gesundheitswesen vor dem Preußischen Landtag / Die Gesundheitsbehörden des Deutschen Reiches und ihre Aufgaben.

Volksgesundheit (Organ des Verbandes Volksgesundheit). Dresden, März 1928. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eigenbetriebe der Krankenkassen / Krankenversicherungs- und Sozialisierungsfeinde / Das Pauschalsystem in der Krankenversicherung.

Deutsch-Russische Medizinische Zeitschrift, Verbindungsorgan der medizinischen Wissenschaft Deutschlands und der UDSSR. Schriftleitung: F. Kraus (Berlin) und N. Semaschko (Moskau). Berlin SW. 68.

Die Zeitschrift, die bereits seit drei Jahren mit gutem Erfolge für die Zusammenarbeit der deutschen und sowjetrussischen medizinischen Forscher wirkt, erscheint von jetzt ab in zwei getrennten Ausgaben, einer russischen und einer deutschen. Jede Ausgabe wird reichhaltiges Informationsmaterial über die Gesundheitsfürsorge in beiden Ländern veröffentlichen.

Die neue Generation, herausgegeben von Dr. Helene Stöcker, Berlin-Nikolassee. Das Märzheft 1928 enthält u. a.: Julian Marcuse: Im Kampf um eine Sexualreform / Walter Fabian: Sexualnot und Sexualberatung / Kurt Beck: Jugenderziehung oder Jugendberatung / Mutterrecht und ärztliche Schweigepflicht.

Arbeiter-Esperantist. Verlag: Leipzig C 1, Wasastraße 16.

Film und Volk, Zeitschrift des Volksverbandes für Filmkunst. 1. Heft, Februar/März 1928. Dieser vor etlichen Wochen gegründete Volksverband, der parteipolitisch neutral ist, umschließt alle, die für Fortschritt und Freiheit sind. Viele Tausende haben sich ihm bereits angeschlossen. Sein Kampf richtet sich gegen den künstlerischen Schund, gegen die politische und soziale Reaktion. Ihm sollten deshalb auch die Sympathien der sozialistischen Ärzte gehören!

Blätter für Alle, Monatsschrift der Universum-Bücherei. III. Jahrgang, Nr. 3. Berlin NW. 7.

Das Neue Rußland, Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft und Literatur, herausgegeben von Erich Baron in Verbindung mit Dr. Graf Georg Arco, Eduard Fuchs, Dr. Max Ostorm, Dr. H. Stöcker.

Heft 2 des 5. Jahrgangs ist soeben mit einem Titelbild von Käthe Kollwitz erschienen und bringt neben vielen wertvollen literarischen Beiträgen einen Reisebericht von Prof. L. Jacobsohn-Lask: Als Arzt in Sowjetrußland, sowie einen Artikel von Wera Lebedewa: Neues Leben in der Sowjetunion, Mutter- und Kindesschutz.

Magnus Hirschfeld und Rich. Linsert: Empfängnisverhütung. Mittel und Methoden. Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1928.

Die sozialistischen Ärzte haben in ihrem ganzen Wirken immer wieder betont, daß in der so notwendigen Aufklärung über die Empfängnisverhütung das beste Mittel gegen die kurpfuscherische Abtreibung und die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten zu erblicken ist. Deshalb ist auch diese neue Broschüre, die zum Preise von Mk. 1.25 durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag zu beziehen ist, zu begrüßen, weil sie wissenschaftlich einwandfrei zu den Methoden und Mitteln Stellung nimmt. Sie schützt die unendlich große Zahl von Unwissenden, die aus wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen für eine Beschränkung der Kinderzahl sorgen müssen, vor der Ausbeutung durch geschäftstüchtige Händler und marktschreierische Anpreisungen. Diese kleine Broschüre ist zur Massenverbreitung auf das beste zu empfehlen.

F.

Dr. Theodor Gruschka (Außig): Warum unverminderten Mieterschutz? Verlag der Dtsch. soziald. Arbeiterpartei in der Tsch. Slov. Republik. Prag 1928.

Gruschka bringt in diesem gedruckt vorliegenden Referat, das er im Febr. d. J. auf dem Mietertag in Teplitz erstattet hat, neues gewchtiges Material zu der brennenden Wohnungsfrage, die er im Vorjahre im V. S. A. behandelt hat. Die Ergebnisse, zu denen er kommt und denen wir auch in Deutschland unsere volle Zustimmung gegeben haben, müssen gerade im bevorstehenden Wahlkampf von den Sozialisten in die breiten Massen gebracht werden. Die Befriedigung des Wohnbedürfnisses ist eine öffentliche Aufgabe und muß aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden, wie Krankenhauswesen, Schulverwaltung, Seuchenschutz und andere Aufgaben, die die zivilisierten Staaten bereits anerkennen. Dann wird neben der organisierten Kapitalsbildung für den Wohnungsbau, der Erhebung einer Wohnbausteuer, eine andere herrliche Kapitalsbildung sich entwickeln: Gesunde Lungen, kräftige Glieder, Arbeitsfähigkeit. Der Mieterschutz ist eine unerläßliche Vorbedingung, der unbedingt aufrecht zu erhalten ist. E. F.

Der literarische Hochverrat von Johannes R. Becher. Mopr Verlag 1928.

Die fortdauernden unerträglichen Eingriffe der Justiz in die Selbständigkeit der Kunst und Literatur haben die Vertreter und Verbände der geistigen Arbeit veranlaßt, in der Öffentlichkeit, in Presse und Versammlungen Protest zu erheben. Unter dem Vorwande, Staat, Religion und Sittlichkeit zu schützen, unterdrückten Verwaltung und Justiz die persönliche Freiheit des Denkens und Handelns, die für starke Leistungen unentbehrliche Voraussetzung ist. Jetzt verfolgt man den revolutionären Dichter Johannes R. Becher wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Gotteslästerung, begangen in seinen Dichtungen. Die vorliegende Broschüre bringt eine Darstellung der Anklage, insbesondere auch die beanstandeten Stellen aus dem Roman „Levisite, der einzig gerechte Krieg". Zum Schluß protestieren freiheitliche Geister der Kulturwelt gegen den beabsichtigten Prozeß wie Maxim Gorki, Romain Rolland, Upton Sinclair, Karl Zuckmayer, Walter von Molo u. a.

Der Kassenarzt. Schriftleitung: Dr. Julius Moses, W50, Augsburger Str. 7. 5. Jahrgang v. 31. März 1928.

Aus dem Inhalt: Experimentierwut und ärztliche Ethik — Der Ärztekampf gegen die Kurpfuscher — Arztberuf und Konfession — Auslese Minderwertiger — Pockenimpfung und Gehirnentzündung — Verboten (Gutachten zu dem Verbot der Bücher von Max Hodann) — Bücher und Zeitschriftenschau.

Deutsche Krankenkasse. Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Bln.-Charlottenburg. 15. Jahrgang Nr. 10.

Aus dem Inhalt: Zur Rechtsstellung des Arztausschusses von Hellmut Lehmann — Krankenversicherungspflicht und Krankenhilfe — Die sozialen Lasten in der Landwirtschaft — Richtlinien für Gesundheitsfürsorge.

15. Jahrgang Nr. 13.

Aus dem Inhalt: Aufbau und Aufgaben der Krankenkassenvorstände von Bürgermeister Fr. Klecis, Aschersleben — Die Sondervorschriften des § 5 der Zulassungsgrundsätze von F. Okraß — Notstand der Krankenversicherung in der Tschechoslowakei von Abg. Anton Schaefer — Reichenberg — Sozialhygiene und Stadthaushalt von Stadtarzt Dr. Alfred Korach.

Bildstatistik. Führer durch die Ausstellungen des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien. Herausgeg. vom Dürerbund, Leipzig C. 1.

Arbeiterschutz. Zeitschrift für soziale Gesetzgebung — Organ der Reichskommission der Krankenkassen Österreichs.

39. Jahrgang v. 15. März 1928 enthält u. a. Karl Hohenberg: Apotheker und Krankenkassen — Dr. Fritz Steiner (Graz): Fragen der Unfallmedizin — Dr. P. Martell (Berlin): Gewerbliche Gifte — Die französische Ärztevereinigung und die Sozialversicherung — Die Erholungsfürsorge der „Vereinigten österr. Krankenkassenhilfe für tuberkulös gefährdete Kinder" im Jahre 1927.

Max Hodann: Sexualpädagogik, Erziehungshygiene und Gesundheitspolitik. Im Greifenverlag zu Rudolstadt (Thür.) 1928.

In diesem zuletzt erschienenen Werk unseres Gen. Hodann, das eine Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen im letzten Jahrzehnt darstellt, werden hauptsächlich die Probleme der Sexualpädagogik vom Standpunkte des sozialhygienisch und sozialpolitisch denkenden Arztes behandelt. Daneben wird zu den Fragen der Ambulatorien, der Sozialisierung des Heilwesens, der Eheberatung, der hygienischen Fürsorge mit der bei dem Verfasser gewohnten Sachkenntnis und Klarheit Stellung genommen. Hier spricht ein Arzt, der frei von jedem Standesdünkel Fühlung mit der Arbeiterklasse nehmen will. Deshalb werden interessierte Laien, Erzieher und auch vorurteilsfreie Ärzte das Buch mit großem Nutzen lesen. F.

Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Der Stand der Heimarbeit in Deutschland von Dr. Dora Benjamin. Verlag von Gustav Fischer. Jena 1928

„Soziale Medizin", Wissenschaftliche Monatsschrift für die Aerzte, Zahnärzte und Apotheker der deutschen Krankenkassen. Schriftleitung: Dr. Pryll, Verlag für Sozialmedizin, Bln.-Chbg.

Von dieser neuen Zeitschrift, die ausschließlich wissenschaftliche Aufsätze und Referate bringt, sind bisher drei Hefte erschienen. Wir erwähnen aus den interessanten Abhandlungen u. a. W. Pryll: Die Krankheiten der Hausgehilfen; Alfred Cohn: Wesen, Wert und Grenzen der sozialen Zahnheilkunde; Roesle: Die Erkrankungshäufigkeit bei den Krankenkassen; Chajes: Organisation und Ergebnisse der Untersuchung Gewerbekranker.

Le Mouvement Sanitaire, Organe officiel du Syndicat des Médecins hygiénistes français et de la Société de Médecine publique. (Vol. III. 4e Année). Paris (VIe) rue de Sèvres.

In „Le mouvement sanitaire," dem Organ des Syndicats der französischen Sozialhygieniker berichtet der Direktor der sozialen Fürsorge und Hygiene in Vitry-sur-Seine und in Ivry-sur-Seine, der Genosse Dr. Hazemann, über die Organisation der sozialen Fürsorge in diesen beiden Vororten von Paris.

Die erste Aufgabe bestand darin, die sehr verschiedenartigen Elemente, welche teils staatlich selbständig, teils religiöser oder philantropischer Natur waren, in eine einheitliche Organisation zu bringen. Den Versorgten sollte das Gefühl genommen werden, demütig Beschenkte zu sein. Die Fürsorge mußte die Form eines geordneten sozialen Eingreifens erhalten. Die Wohltätigkeit hat ihre historisch begründete Rolle in einer Zeit gespielt, als nur sie allein den Gequälten helfen konnte. Die wissenschaftlich ausgearbeitete soziale Fürsorge sollte städtisch neutral ohne politische und konfessionelle Leidenschaften durch möglichst zweckdienliche Organisation imponieren. Selbstverständlich muß die Prophylaxe zu ihren Hauptaufgaben zählen. Es ist gelungen, eine Diphterie-Epidemie einzuschränken. In enger Zusammenarbeit mit der Wohnungsvermittlungsstelle werden rachitische Kinder in bessere Wohnverhältnisse gebracht. Mit Hilfe der Wassermann-Reaktion und der Röntgenbilder wurden Ammen und stillende Mütter auf ihre Tauglichkeit untersucht. Die Frauen waren in allen Fällen gern bereit dazu.

In den Beratungsstellen stehen freundliche, bequem eingerichtete Warteräume zur Verfügung. Eine gut geführte Kartothek erleichtert dem Pflegepersonal und den Ärzten den Dienst.

Die Fürsorgerin ist im Besitz einer kleinen Bibliothek, in der sie über die in Betracht kommenden Fragen der Hygiene, der Medizin und des Rechts nachlesen kann.

Den Schluß des Heftes bildet eine ausführliche Darstellung der Technik der sozialen Fürsorge in den Kommunen und eine Statistik der medizinischen und fürsorgerischen Leistungen. M. Slodki.

Die Konferenz der Medizinalstatistiker beim Volkskommissariat für Gesundheitswesen in der RSFSR. Archiv für soziale Hygiene und Demographie. II. Bd., Heft 5, 1927, Chbg. 5, Frankstr. 3.

Die Konferenz der Medizinalstatistiker fand vom 16.—19. 2. 27 in Moskau

statt und versammelte Delegierte aus sämtlichen Gesundheitsabteilungen der Gouvernements.

Der Stand und die Arbeit der san. Statistik wurde für die Gouvernements Leningrad und Moskau als mustergültig anerkannt. Die Arbeit in den andern Gouvernements wird erschwert durch zu geringe Besoldungsmittel, die die Organe für Gesundheitsschutz allein aufbringen müssen.

Der Hauptvortrag von S. M. Bogodowski gibt ein neues Schema für eine umfassende Medizinalstatistik heraus, mit besonderer Berücksichtigung der exogenen Bedingungen wie Klima, Soziale Milieu-Bedingungen und Profession. Die Richtung medizinischer Arbeit liegt in Sowjetrußland in der Prophylaxe der Erkrankungen. Eine Statistik der Feststellung pathologischer Erscheinungen als Ergänzung der Morbiditätsstatistik ist bereits in den Anfängen verwirklicht, bedarf aber noch weitgehender Ausarbeitung und Verbreiterung.

Sozialnaja Gigiena. Ein Handbuch für Studierende der Medizin und Ärzte. Archiv für soziale Hygiene und Demographie. II. Bd., Heft 5, 1927.

Sozialhygiene bedeutet in Rußland etwas ganz anderes als in Westeuropa, aus dem einen Grunde, weil die sozialhygienischen Probleme als „politische" und nicht als fürsorgerische erkannt und behandelt werden. Darum hat sich Rußland, obwohl gerade die deutsche Entwicklung dieses Gebietes sehr beachtet wurde, in sozialhygienischen Fragen unabhängig vom Westen gemacht.

Das Werk „Sozialnaja Gigiena" ist in vier Teile, entsprechend dem Lehrgang über soziale Hygiene an der Universität Moskau, geteilt. Die Basis des Werkes bildet die Statistik, deren restlose Auswirkung in Verbindung mit den darstellenden Methoden der Mathematik nach dem Vorbild Englands und Amerikas angestrebt wird. In dem Programm des Buches wird die statistische Fixierung des Gesundheitszustandes des ganzen Volkes gefordert, mit besonderer Berücksichtigung der Konstitutionsforschung.

Die Behandlung des Materials, ob über Wohnung, Ernährung, Arbeit, Mutterschutz oder sonstige Zweige der sozialen Hygiene gesprochen wird, betont stets das therapeutische Moment.

Natürlich können die programmatischen Forderungen nicht gleich zu 100 % in die Praxis umgesetzt werden, aber immerhin ist es bemerkenswert, daß es in der RSFSR einen ärztlichen Wohnungsinspektor gibt, daß man z. B. eine Enquête über die Ernährung der Landbevölkerung aufgestellt hat, und daß man in der II. Moskauer Universität ein sanitäres Journal der russischen Schulkinder ausgearbeitet hat. Ein großer Vorzug dieses umfangreichen Buches ist seine Billigkeit, erklärlich durch die hohe Auflagenzahl. Ein Beweis, wie sehr weite Kreise in Rußland an dem Gebiet der sozialen Hygiene interessiert sind. Lotte Wolff.

Dr. Werner Leibbrand: Von gesunden und kranken Nerven. Gesundheitsbibliothek (Heft 7. Verlag G. Birk & Co., München).

In flüssiger und populärer Form ein Streifzug durch das gesamte Gebiet der Neurologie und Psychiatrie. Anatomie und Physiologie sowie Embryologie des Nervensystems werden besprochen und die Psychotherapie in allen ihren Formen abgehandelt. Die fachmännische Aufklärung über die Neurolues und und die Schäden der Rauschgifte ist sehr zu begrüßen, da auf diesem Gebiete immer noch erstaunliche Unwissenheit herrscht. Auch die Zerstörung des Märchens vom grausamen Irrenhaus ist gut, da die Angehörigen Geisteskranker der Internierung oft aus Angst entgegenarbeiten. — Eine gewisse Gefahr liegt in dem Interesse, das Neurastheniker diesem Heft entgegenbringen werden und in der Verflachung psychotherapeutischer Wirkungen auf Patienten. P. M.

Briefkasten.

A. Holitscher-Komotau. Wir sind über Ihre Werbetätigkeit, die Sie mit anderen Genossen in der Tschecho-Slowak.-Rep. mit gutem Erfolge für den VSAe. und unsere Zeitschrift leisten, sehr erfreut. In Anbetracht der Valuta sind wir mit einem freiw. Beitrag nach Selbst-

einschätzung durchaus einverstanden. Ein Artikel aus irgendeinem Gebiete der Sozialhygiene ist uns stets sehr willkommen.

G. N. Ihr Material betr. die unerhörte Handlungsweise des Krankenhauses Westend gegenüber Scharlachkranken haben wir den Stadtv.-Fraktionen von Charlottenburg sowie den Mitgliedern der Gesundheitsdeputation überwiesen. Die Verantwortlichen müssen u. E. mit aller Strenge zur Rechenschaft gezogen werden.

Ed. K. Karlsruhe. Unsere Mitgliederliste für Baden ist Ihnen bereits zugesandt worden. Eine Zusammenfassung erscheint jetzt geboten, ähnlich wie es in Sachsen der Fall ist. Die Pfingsttagung in Frankfurt abzuhalten, ist dieses Mal leider nicht möglich, weil wir uns mit Rücksicht auf unsere stärkere Organisation in Sachsen bereits für Dresden entschieden haben.

Paula H. Die Geschäftsstelle des „Volksverbandes für Filmkunst" befindet sich in Berlin, Friedrichstr. 235. Der Monatsbeitrag ist auf 50 Pf. festgesetzt, dafür hat jedes Mitglied kostenlosen Zutritt zu mindestens zehn Filmveranstaltungen im Jahr.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Soweit wir bereits Ortsgruppen oder Zusammenfassungen von sozial. Aerzten in den verschiedenen Städten Deutschlands haben, weisen wir unsererseits gern auf ein Zusammenwirken mit Ihren Bezirkssektionen hin, das uns auch für unsere Genossen sehr nützlich erscheint.

M. S. Bereits vor langer Zeit ist ein Beschluß im V. S. Ae. gefaßt worden, daß der Beitrag (Mk. 10,— jährlich) auf Antrag vom Kassenwart herabgesetzt oder ganz erlassen werden kann. Das trifft auch besonders für Jungärzte, Volontärassistenten etc. zu.

Die letzte Nummer der Vierteljahreszeitschrift *„Der Sozialistische Arzt"* (3. Jahrgang, Nr. 3) enthält:

Ärzte und Krankenkassen v. J. Zadek — Leitsätze zur Wohnungsfrage von Otto Juliusburger — Ärztekammerwahl — Der Kampf gegen Geschlechtskrankheiten und Prostitution v. Andreas Knack — Gesundheitsfürsorge für Kinder und Jugendliche in Sowjet-Rußland von E. Radin — Die Bedeutung der Arbeit für den Lungentuberkulosen in psychischer und sozialer Hinsicht v. Margarete Levy — Zahnärztliche Versorgung in der U. d. S. S. R. — Spinale Kinderlähmung in Leipzig von K. Soloweetschik — Das drohende Sexualstrafrecht — Rundschau (Sittlichkeit und Strafrecht, Seelische Erkrankungen im Proletariat, Sozialisierung des Arzneiwesens usw.) — Bücher und Zeitschriften.

Preis des Heftes 50 Pf.

Durch den Verlag Dr. F. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 175

Zur besonderen Beachtung.

Wir verweisen auf die Beilage des Hippokrates-Verlages in Stuttgart, in der das neue Buch von Istrán Hollós „Hinter der gelben Mauer. Von der Befreiung des Irren" angezeigt wird. In zwei Monaten wurden von der ungarischen Ausgabe zwei Auflagen verkauft.

Abdruck der Beiträge ist mit Genehmigung der Redaktion und unter Quellenangabe gestattet.

Preis dieses Heftes 0,50 Mk. Man abonniert für 4 Hefte zum Preise von 2 Mk. bei dem Verlag Dr. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 175. Für die Schriftleitung bestimmte Zuschriften sowie Rezensionsexemplare sind zu richten an Dr. Ewald Fabian, Berlin W 15, Uhlandstr. 52.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ewald Fabian, Berlin W 15, Uhlandstraße 52. Für den Verlag: F. Rosenthal, Berlin-Wilmersdorf. Anzeigen-Annahme durch Rud. R. Sternfeld & Co., W 57, Winterfeldstraße 20. Presse: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.

DIE NEUE GENERATION

Monatsschrift für Mutterschutz, Sexualreform und Völkerverständigung

Herausgeberin: Dr. phil. Helene Stöcker

24. Jahrgang, jährlich 12 Hefte. Vierteljährlich RM. 2.—

Diese Zeitschrift ist eine der kühnsten und unerschrockensten, die wir haben.
Hallescher Generalanzeiger.

Lest „Die Neue Generation"! Da schreibt Helene Stöcker, eine der freiesten Frauen unseres Zeitalters, aus tiefstem Herzen hervorquellende Artikel für die Weltanschauung der Gewaltlosigkeit. *Volksblatt für Anhalt.*

„Die Neue Generation" leistet seit zwei Jahrzehnten eine ungeheure nationale Durchgeistigungsarbeit. Es gibt wenig Parallelen. *Zeitecho.*

Wie ein Weckruf an die Zukunft mutet „Die Neue Generation" an. Wie eine Mahnung, alle Kräfte auf die Kommenden zu konzentrieren. *Hamburger Fremdenblatt.*

Die inhaltsreichen Hefte befriedigen in ihrer Vielseitigkeit die verschiedensten Interessen.
Berliner Tageblatt.

Erotik und Altruismus

Von Helene Stöcker. Preis RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da.
Die schaffende Frau.

Fort mit der Abtreibungsstrafe!

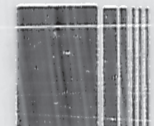
Von Dr. phil. Helene Stöcker, Dr. med. Heinz Stabel, Dr. jur. Siegfried Weinberg

Preis RM. 1.—

Lest und verbreitet diese klare Schrift! Es ist dringend nötig, daß hier endlich Wandel geschaffen wird! Das Material ist erschütternd überzeugend! *Tao.*

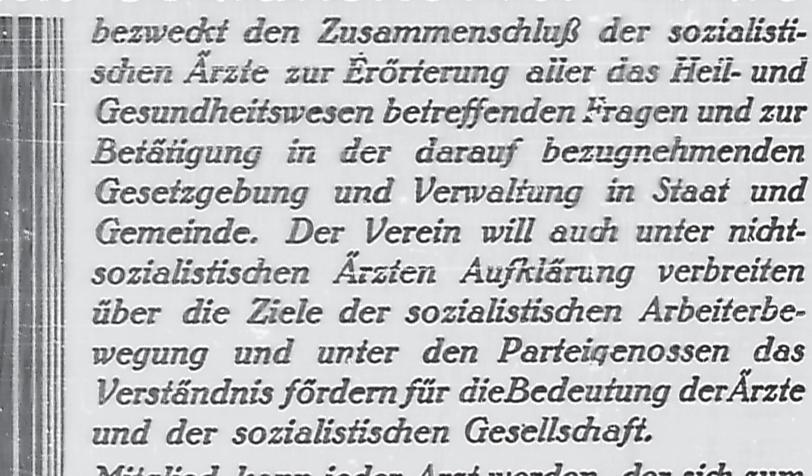
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, wie den

Verlag der Neuen Generation, Berlin-Nikolassee, Münchowstr. 1



Der

Verein Sozialistischer Ärzte



bezweckt den Zusammenschluß der sozialistischen Ärzte zur Erörterung aller das Heil- und Gesundheitswesen betreffenden Fragen und zur Betätigung in der darauf bezugnehmenden Gesetzgebung und Verwaltung in Staat und Gemeinde. Der Verein will auch unter nichtsozialistischen Ärzten Aufklärung verbreiten über die Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung und unter den Parteigenossen das Verständnis fördern für dieBedeutung derÄrzte und der sozialistischen Gesellschaft.

Mitglied kann jeder Arzt werden, der sich zum Sozialismus bekennt. Der Beitrag beträgt 5 RM halbjährlich, Beitrittserklärungen sind an den Schriftführer Gen. Ewald Fabian, W15, Uhlandstraße 52, zu richten.

Kassenwirtschaftlich!

DIGIPAN Cardiotonicum

Lösung	Glas mit 5 cm	Mk. 0.65
Tabletten	Glas mit 12 Stück	Mk. 0.70
Ampullen	Schachtel mit 3 Stück	Mk. 1.00

EPITHENSALBE Wundheilsalbe

Kleinpackung — Mk. 0.80

ERGOPAN Secalepräparat

Lösung	Glas mit 5 cm	Mk. 1.60
Tabletten	Glas mit 10 Stück	Mk. 1.30
Ampullen	Schachtel mit 3 Stück	Mk. 1.40

FAEXALIN Hefepräparat

Originaldose mit 100 gr. — Mk. 1.00

GONOCIN Antigonorrhoicum

Kassenpackung mit 25 Stück — Mk. 0.80

HAEMATOGEN „TEMMLER" Roborans

Originalflasche ca. 250 gr. — Mk. 2.20

MENOSTATICUM Hämostypticum

Originalflasche ca. 50 gr. — Mk. 1.95

PHENAPYRIN Antipyreticum

Kassenpackung 10 Stück 0,5 gr. — Mk. 0.90

SCABEN Antiscabiosum

Originalflasche mit ca. 100 gr. — Mk. 1.75

SIRAN Antiphthisicum-Expectorans

Kassenpackung ca. 200 gr. — Mk. 1.75

THYMOSATUM Keuchhustenmittel

Originalflasche ca. 160 gr. — Mk. 1.65

TEMMLER-WERKE BERLIN-JOHANNISTHAL